

Landesparteitag und das LINKE Wahl-Programm



Wir sehen uns
in der
Tradition von
Klaus
Störtebeker

Interview
mit der
Landessprecherin
der LINKEN.SH
Jannine
Menger - Hamilton

Liebe Leserinnen und Leser

Zum Jahresende erhaltet ihr noch einmal eine Ausgabe von Info DIE LINKE.SH. Sie enthält Untersuchungen zu aktuell wichtigen Themen und berichtet von Beschlüssen, Ereignissen und Aktionen aus den Kreisen und Fraktionen unseres Landesverbandes DIE LINKE.SH.

Aber das Wichtigste: auf dem Landesparteitag in Elmshorn am 12. und 13. November 2011 wurde das neue Programm der LINKEN.SH für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im kommenden Jahr beschlossen. Damit alle Mitglieder, aber auch alle Menschen in diesem Land sich ein Bild von unserer Politik machen können, hat der Landesverband außerdem gleich eine erste Wahlzeitung herausgegeben. In großer Auflage! Wir legen sie dieser Ausgabe bei und bitten euch um eure Unterstützung. Verteilt sie massenhaft, wo ihr dazu Gelegenheit habt!

Bestellen könnt ihr sie bei der Geschäftsstelle der LINKEN
Sophienblatt 19, 241 03 Kiel
Tel: 0431 - 73 77 04, E-Mail:
landesgeschaeftsstelle@linke-sh.de.
oder in euren Kreisbüros anfordern

Es grüßt für die Redaktion
Edda Lechner

In dieser Ausgabe:

Seite 1-4:

Parteiprogramm für die Landtagswahl in SH

Seite 5-6:

Landtagsabgeordnete sprechen

Seite 7-14: Gründlich untersucht: Nazis, Netzleitungen, Konversion und Global Symposion

Seite 15-19:

Aus Kreisen, Fraktionen und LAGn

Seite 20: Zeitungen abonnieren

Beilage: Wahl-Zeitung Landesverbandes

In Schleswig-Holstein beginnt der Wahlkampf für die Landtagswahl am 6. Mai 2012. Über die Chancen der Linkspartei sprach Dieter Hanisch für das Neue Deutschland (ND) mit Jannine Menger-Hamilton.

ND: Nächstes Jahr wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Wie gut ist die LINKE dafür aufgestellt?

Jannine Menger-Hamilton: Wir sind gut aufgestellt. Unsere Fraktion hat im Landtag eine solide Oppositionspolitik gemacht und jetzt haben wir ein Wahlprogramm verabschiedet, bei dem soziale Gerechtigkeit, gute und gerechte Arbeit sowie gute Bildung durch längeres gemeinsames Lernen im Mittelpunkt stehen.

ND: Ausschlaggebend wird sein, wie gut es gelingt, das vorhandene Wählerpotenzial zu mobilisieren. Bei den Bürgermeisterwahlen in Lübeck ist das zu-

letzt nicht gelungen, und die Hansestadt zählt zu den starken Bastionen der LINKEN. Gibt das Anlass zur Sorge?

Jannine: Wir werden vor allem über unser politisches Programm und als Oppositionspartei, aber nicht über Bürgermeisterkandidaten wahrgenommen. Wir haben den OB-Wahlkampf genutzt, um zu verdeutlichen, wofür wir LINKE im rot-grün-roten Bündnis stehen. Immerhin gibt es so ein Bündnis in einer westdeutschen Großstadt nur in Lübeck und Saarbrücken. Diese Strategie ist aufgegangen.

ND: Mit der Piratenpartei ist ein neuer politischer Mitbewerber aufgetaucht, der in den letzten Umfragen vor der LINKEN lag. Handelt es sich um ernste Konkurrenz?

Jannine: Die Piratenpartei ist eine Herausforderung, die wir gern annehmen. Der Abgeordnete, der sein Einkommen offen legt, unser Kampf für Transparenz,

Informationsfreiheit und Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen, der Netzausbau im ländlichen Raum - für all das, was auch die Piraten fordern, steht unsere Fraktion. Anders als die Piratenpartei sehen wir aber einen Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Wir wollen, dass der Zugang zu Bürgerrechten und Informationsfreiheit nicht sozial gespalten ist. Wir sehen uns in der Tradition von Klaus Störtebeker - einem Piraten, der den Reichen nahm und den Armen gab.

ND: Frauen- und Gleichstellungspolitik haben einen exponierten Stellenwert im Programm. Was läuft da in Schleswig-Holstein schief?

Jannine: CDU und FDP haben die Zuschüsse für Frauenhäuser und Mädchentreffs gekürzt, die meisten kämpfen nun ums Überleben. Während andere Länder Kitaplätze ausgebaut haben, hinkt Schleswig-Holstein hinterher. Wo rot-rote Landesregierungen die Kitagebühren abgeschafft haben, verlangt Schleswig-Holstein die höchsten Beiträge. Wir fordern den Ausbau der Kitabetreuung. Unser Ziel ist ein Gleichstellungsgesetz, das bei öffentlichen Unternehmen eine Geschlechterparität vorsieht. In der Ministerriege der Landesregierung gibt es nur eine Frau. In Wissenschaft und Wirtschaft ist der Frauenanteil in Führungspositionen katastrophal niedrig. Wir fordern eine 50-Prozent-Mindestquote im Zuständigkeitsbereich des Landes.

ND: Oft wird die Botschaft vernommen, das Land sei pleite, Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten werden geringer. Welche Antworten bieten Sie?

Jannine: Hamburg und Schleswig-Holstein haben die HSH Nordbank mit drei Milliarden Euro gerettet. Wenn die LINKE die Lebenssituation von Menschen verbessern will, wird behauptet, es sei kein Geld da. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass immer Geld da ist, wenn Aktionäre und Finanzmärkte befriedigt werden sollen. Wir werden verdeutlichen, dass wir die Partei der Umverteilung sind. Wir wollen diejenigen zur Kasse bitten, die es sich leisten können: Vermögende, Großverdiener, diejenigen, die hohe Erbschaften vermachen können.



Mit Kamera und Laptop auf dem Landesparteitag

„Der Landesvorstand dankt den Delegierten und allen Einreicherinnen und Einreichern von Änderungsanträgen für die geleistete Arbeit. Vielen Dank auch an alle, die zum Gelingen des Parteitagges beigetragen haben, sowohl im Vorfeld, als auch währenddessen und danach. Dank auch an so-
lid für die Abendgestaltung im LINKEN Zentrum Bauerweg. Selbstkritisch hat sich der Landesvorstand mit den positiven Aspekten, aber auch mit den Unzulänglichkeiten des Tagungsortes auseinandergesetzt. Es wurden bereits erste Ideen entwickelt, damit bei zukünftigen Parteitaggen die Barrierefreiheit und Optionen auf kostengünstige Verpflegung gewährleistet sind. Wir wünschen euch eine interessante Lektüre und grüßen euch herzlich!“

Jannine Menger-Hamilton, für den Landesvorstand

Wer das Partei-Programm der LINKEN für die Schleswig-Holstein-Wahl ungekürzt schriftlich studieren möchte, kann es sich demnächst auf Anfrage zuschicken lassen oder auf der homepage des Landesverbandes einsehen: <http://www.linke-sh.de/>. Wendet euch an:

Landesgeschäftsstelle der LINKEN.SH, Sophienblatt 19, 241 03 Kiel

Tel: 04 31 - 73 77 01, e-Mail: landesgeschaeftsstelle@linke-sh.de



ND: Die Landtagsfraktion hatte vor Monaten eine Große Anfrage zum Rechtsextremismus gestellt und die Regierung tat sich damit schwer. Gehört die Auseinandersetzung damit nun nicht mehr denn je auf die Tagesordnung?

Jannine: Die Antworten, die die Landesregierung auf unsere Anfrage gegeben hat, sind armselig. In wichtigen Bereichen erhebt das Land offenbar keine Zah-

len, und dort, wo Antworten kommen, bleiben sie weit hinter dem zurück, was etwa in Sachsen auf eine ähnliche Anfrage mitgeteilt wurde. Wir werden an dem Thema dran bleiben. Beratungsstellen und Opferinitiativen müssen erhalten und ausgebaut werden, statt sie - wie von der Landesregierung betrieben - finanziell trocken-zulegen...

- Interview 15.11.2011, leicht gekürzt

Präambel: Linksjugend - ['solid] mit Alternativ-Vorschlag

Ruhig und gelassen kämpften sich die Anwesenden in insgesamt gut 15 Stunden an zwei Tagen durch mehr als 212 Seiten Papier, bearbeiteten ca. 300 Änderungsanträge zum Wahlprogrammewurf, werkten eine Resolution zu neofaschistischen Mördern aus, lauschten den Reden eingeladener Gäste, wählten Delegierte für den Bundesausschuss nach und führten nicht nur nebenbei auch noch eine kleine Satzungsdebatte.

Die Linksjugend ['solid] Schleswig Holstein mischte kräftig mit, nicht nur beim 'Gesamtpaket' sondern auch durch einzelne engagierte Mitglieder, welche durch ihren Kreisverband zum Landesparteitag delegiert worden sind. Die Linksjugend ['solid] Schleswig Holstein hatte ja auch schon im vornherein ein klareres Profil für eine linke Opposition eingefordert (vergleiche dazu solid-sh.de „Mitteilungen“). U.a. schaffte es die von der Linksjugend unterstützte alternative Präambel ins Wahlprogramm. Ebenfalls machte sie Drogenpolitik zum Thema. Der entsprechende Änderungsantrag wurde von der Programmkommission übernommen. Ferner brachten sich Mitglieder der ['solid] energisch in den Abschnitt zur Bildungspolitik ein. Mitunter wurde der Programmewurf auch durch diese Einwirkungen schärfer, die programmatische Linie deutlicher und rote Alleinstellungsmerkmale weiter hervorgehoben...

...Am Entwurf des Wahlprogramm wurden zwei grundsätzlichen Punkte kritisiert:

1. Im Programm werden die Grenzen bürgerlicher Politik, also die Grenzen möglicher Veränderungen innerhalb dieses Systems, innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse, nicht, wenn überhaupt nur oberflächlich, aufgezeigt. In den jeweiligen Abschnitten bzw. bei den einzelnen Themen fehlt oft eine ausreichende Kritik an marktwirtschaftlichen Sachzwängen, die zu den heutigen und von uns zu recht kritisierten Zuständen dieser Gesellschaft führten. Damit mangelt es auch an Kritik am Kapitalismus an sich, an Kritik an der warenproduzierenden Gesellschaft. Dadurch wird es sehr schwierig im Wahlprogramm herauszulesen, welche Eckpunkte für uns eine demokratische und sozialistische Gesellschaft ausmachen...

2. Einige Themen und Forderungen des Wahlprogramm sind aus Sicht der Linksjugend SH schlichtweg einfach noch nicht ausreichend ausgearbeitet und/oder an sich noch nicht ausreichend innerhalb der Partei diskutiert...

Des Landesparteitag ist vorbei, er hat sein Ende gefunden. Sein Erbe ist und bleibt ein gutes Stück Arbeit – unser erstes ausgeschriebenes Landtagswahlprogramm. Keineswegs aber kann unsere Programmdiskussion ad acta gelegt werden. Nur der Anfang ist erledigt, der Grundstein ist gelegt worden. Dieser zweitägige Landesparteitag, in seiner Ruhe, Konzentration und Sachlichkeit, darf nicht zu einem Höhepunkt der Arbeit der Partei DIE LINKE erklärt werden, er muss Standard werden... In diesem Sinne werden wir weiter an unserer Programmatik arbeiten.

- Auszüge aus Mitgliederinfo Nr. 46/11, Pit Dreves, Linksjugend ['solid] Schleswig Holstein, (siehe Foto oben)



Zum Bundes-Parteiprogramm: Für eine neue Drogenpolitik Prävention statt Repression

Im Oktober 2011 beschloss DIE LINKE ihr Parteiprogramm mit großer Mehrheit. Wie üblich stürzten sich die Medien nicht auf allgemeine Inhalte, sondern zerrten einen kleinen Aspekt ans Licht, der ihnen als der größte Aufreger erschien; DIE LINKE will die Drogen freigeben! Hat sie jetzt vollständig den Verstand verloren?

Es geht um diesen Abschnitt des Programms:

„Wir wollen eine liberale und aufgeklärte Drogenpolitik in Deutschland. Drogen sind eine Alltagserscheinung. Der Alkoholmissbrauch ist ein gesellschaftliches Problem. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist willkürlich. Der Missbrauch von Drogen kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen führen, die durch Kriminalisierung noch weiter verschärft werden. Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet, das bedeutet die Entkriminalisierung der Abhängigen und die Organisation von Hilfe und einer legalen, kontrollierten Abgabe von Drogen an diese. Im Grundsatz wollen wir eine Gesellschaft, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern die mit Prävention und Aufklärung dem Drogenmissbrauch vorbeugt.“

Dass DIE LINKE damit aufregt ist klar, versucht sie doch einmal mehr neue Wege zu gehen und ein visionäres wie auch mutiges Politikkonzept zu entwickeln, das sich gegen die anderen Parteien abgrenzt. Und DIE LINKE tut das mit Selbstbewusstsein. Die Partei ist bereit, sich den kritischen Nachfragen zu stellen.

DIE LINKE will alle Drogen freigeben? Nein, DIE LINKE will sie legalisieren, das heißt es soll keine Energie mehr darauf verschwendet werden, Konsumenten strafrechtlich zu verfolgen.

Frauen-
Frühstück
bei der LINKEN
in Kiel
mit MdB
C. Möhring,
und Landtags-
Abgeordneter
Ranka Prante
10. Jan. 2011



Zum Landespartei-Programm: Linke Politik mit und für Frauen gestalten

Während des zweitägigen Landesparteitages in Elmshorn am 12. und 13. November 2011 haben Delegierte der Partei DIE LINKE. Schleswig-Holstein ein neues Wahlprogramm verabschiedet.

Unsere frauenpolitischen Forderungen haben wir als Querschnitt durch das gesamte Parteiprogramm hindurch aufgeführt, weil für uns feministische Politik keine Nischenpolitik ist. Wir wollen für und mit Frauen eine echte Gleichstellung in allen Bereichen erkämpfen. Frauen in gleicher Position und bei gleicher Qualifikation werden auch weiterhin schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Hier sollte das Land mit gutem Beispiel voran gehen und verpflichtend Lohnaudits zur Analyse der Verdienststrukturen durchführen. So wird sichtbar, wo genau Handlungsbedarf besteht. Entgeltgleichheit bedeutet nach unserem Verständnis, dass für die gleichwertige Arbeit auch das gleiche Entgelt gezahlt werden muss.

DIE LINKE. Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass alle haushaltsrelevanten Ausgaben des Landes auf geschlechtergerechte Verteilung geprüft werden (Gender Budgeting). Wir werden konsequent für eine Quotierung bei der Vergabe der Stellen im Öffentlichen Dienst eintreten, es müssen jeweils 50 Prozent der Stellen durch Frauen besetzt werden.

Gewalt gegen Frauen ist auch 2011 weiterhin quer durch alle sozialen Schichten hindurch zu finden. Deutschlandweit flüchten etwa 20.000 Frauen mit fast ebenso vielen Kindern in Frauenhäuser. Wir wollen verhindern, dass weitere Frauenhäuser vor dem finanziellen Aus stehen, wir brauchen Frauenhäuser! Gewalt gegen Frauen zu verhindern, Betroffenen Hilfe zu leisten, das ist eine Aufgabe, die alle Menschen angeht. Hier darf niemand wegsehen. Egal welchen Sozial- oder Aufenthaltstatus frau hat.

Immer noch tragen Frauen die Hauptlast, wenn es um Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Pflege von Angehörigen geht. DIE LINKE fordert weiterhin, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu ist es unerlässlich, Be-

Zugleich soll die Behandlung von Suchtkranken erleichtert werden und durch eine kontrollierte, staatliche Abgabe das Problem der Beschaffungskriminalität gebannt werden. Will DIE LINKE, dass sich jeder Drogen kaufen kann? Das tut ein Großteil der Menschen in Deutschland bereits. Alkohol gibt es in jedem Supermarktregal. Jedes Jahr sterben 74.000 Menschen an den Folgen von Alkohol, das sind etwa 9 % aller Todesfälle.

Drogen sind gefährlich, warum will sie DIE LINKE legalisieren? Die bisherige Drogenpolitik hat versagt. DIE LINKE will neue Wege gehen. Prävention und Hilfe für Suchtkranke stehen dabei im Mittelpunkt. Wenn Beschaffung, Besitz und Konsum straffrei sind, kann man aufhören, Suchtkranke in die Kriminalität zu drängen, sondern sie wieder zurück in die Gesellschaft führen. Die Einteilung, dass 2 Millionen Alkoholiker gesellschaftlich akzeptiert sind und ein Heroinsüchtiger verdammt wird, ist willkürlich.

Sind Drogendealer für DIE LINKE keine Kriminelle? Drogendealer Ja, Konsumenten Nein! Gerade durch die Entkriminalisierung des Drogenkonsums wird den Kriminellen das Geschäft vermiest. Eine staatlich, kontrollierte Abgabe nimmt den Druck, sich die Drogen in kriminellen Milieus zu beschaffen. Die Beschaffungskriminalität wird überflüssig, was die Sicherheit der übrigen Bevölkerung erhöht. Zugleich sind Konsumenten nicht der zusätzlichen Gesundheitsgefahr durch gestreckten bzw. verunreinigten Stoff ausgesetzt.

Findet DIE LINKE Drogen nicht schlimm? Drogenkonsum (ob legal oder nicht) ist mit einem hohem Gesundheits-

risiko verbunden. Deswegen will DIE LINKE umfassende Aufklärungsarbeit leisten und den Menschen, die suchtkrank sind keine Hürden setzen, um ihre Krankheit zu besiegen.

Ist es nicht gesellschaftlich unverantwortlich alle Drogen freizugeben? Aus der Sicht müssten auch Alkohol und Zigaretten verboten sein. Sie verursachen gemeinsam jedes Jahr einen Schaden von ca. 90 Milliarden Euro. Wir leben aber in einer liberalen Gesellschaft, die auch die Freiheit zur Unvernunft beinhaltet. Des-

wegen ist es wichtig, die Menschen umfassend über Drogen aufzuklären. Kein Gesetz hindert einen Menschen daran, Drogen zu nehmen. In den liberalen Niederlanden gibt es sogar prozentual weniger Menschen, die Cannabis konsumieren als in der BRD.

Mein Kind nimmt Drogen, warum will DIE LINKE das auch noch unterstützen? DIE LINKE will die Drogen bekämpfen und nicht ihre Konsumenten. Keine staatliche Repression kann verhindern, dass jemand zu Drogen greift. Die strafrechtliche Verfolgung begünstigt, dass Drogenkonsumenten endgültig den Halt in der Gesellschaft verlieren.

Wir wissen, dass die Menschen, die sich nicht eingehender mit der Thematik befasst haben, durch unsere Forderungen verunsichert sein könnten. Grade um ihnen zu erklären, warum die Drogenpolitik in diesem Land in Zukunft in eine ganz andere Richtung als bisher gehen muss, werden wir zu den Menschen gehen, uns erklären und hinterfragen lassen.

- Marco Höne, Vorstand der Linkspartei Kiel

treuungsplätze in Kindertagesstätten kostenfrei zur Verfügung zu stellen und die Betreuungszeiten auf zehn Kernstunden auszuweiten. Bei Betreuung und Pflege von Angehörigen muss ein finanzieller Entgeltausgleich für sechs Wochen geleistet werden.

Besonders erfreulich war es, dass sich am Rande des Parteitages eine Vielzahl der anwesenden weiblichen Delegierten dem neu gegründeten Bundesrat "LINKE Frauen" angeschlossen haben. Dieser hat sich beim Bundesparteitag der LINKEN in Erfurt gegründet. Unser Ziel ist es, frauenbewegte, gleichstellungsorientierte und feministische Sozialistinnen noch besser zu vernetzen.

Es ist wichtig, dass Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen und mit unterschiedlichen Blickwinkeln eine Plattform des Austausches vorfinden, gemeinsam werden wir viel bewegen!

- Iris Rosenbaum, Kreisvorstand DIE LINKE Kiel und Delegierte für den Landesparteitag

Keine Bundeswehr in Schulen auftreten lassen!

Die Linksjugend SOLID kritisiert das Auftreten der Bundeswehr im Regionalen Bildungszentrum in Mölln. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen. Militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN – Kinderrechtskonvention.

Schulleitungen und LehrerInnen können sich weigern, den unerwünschten Besuch in ihre Klassen zu lassen. Wir fordern Leiterinnen und Leiter der Schulen auf, die Kooperation mit der Bundeswehr abzubrechen oder von einer solchen Kooperation auch in Zukunft abzusehen, wenn sie sich dem bisher verwehrt haben. Die Bundeswehr ist kein sicherer Arbeitsplatz und stellt Weltprobleme nicht fair dar. Politische Bildung ist das Feld von ausgebildeten Pädagogen, sie soll balanciert, kontrovers und ehrlich sein. Das kann und will die Bundeswehr nicht leisten.

Wir, die Linksjugend [solid] Kreis Herzogtum Lauenburg fordern daher:

Keine Kooperationsvereinbarungen der Schulleiter mit Jugendoffizieren!

- Pressemitteilung Christian Schröder
Linksjugend [SOLID] Lauenburg
14.09.2011, solid-khl@gmx.de
www.solid-khl.blogspot.com

Was treiben unsere Landtagsabgeordneten?

Auszüge aus ihren Presseerklärungen

Zur Steuerfrage

Verschuldung der Länderhaushalte wie Schleswig-Holstein

Uli Schippels, finanzpolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion am 14.10.2011: „Es ist völlig unverständlich, dass die beiden Konsolidierungsländer Schleswig-Holstein und Bremen nicht auf eine Erhöhung der Steuereinnahmen für die Länderebene pochen... Generell ist an dem Gesamtpaket zu kritisieren, dass das Problem der strukturellen Verschuldung der Länderhaushalte darin keine Rolle spielt. Allein durch die Steuerrechtsänderungen zwischen 2008 und 2010 hat das Land Schleswig-Holstein jährlich knapp 400 Millionen Euro weniger Einnahmen. Die schleswig-holsteinischen Kommunen bekommen über 250 Millionen Euro im Jahr weniger als vor den Steuerrechtsänderungen.“

Steuerschätzung 2011 und 2012 im Plus - Rücknahme der Sparbeschlüsse !

Uli Schippels am 8.11.11: „Bei der Verabschiedung des Kürzungshaushaltes 2011/2012 hat die Landesregierung die Steuerschätzung vom November 2010 zu Grunde gelegt. Gegenüber den damaligen Zahlen weist die jetzige Steuerschätzung ein Plus von 410 Millionen Euro in 2011 und ein Plus von 480 Millionen Euro in 2012 aus... Das absehbare Plus in 2011 zeigt, dass die unsoziale Kürzungspolitik der Landesregierung nicht nur menschlich verwerflich, sondern noch dazu völlig unnötig gewesen ist.“

Er fordert die sofortige Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich, bei den Frauenhäusern und anderen sozialen Initiativen, die Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten und die Erhöhung des Blindengeldes auf 400 Euro. „Auch die Kommunen müssen entlastet werden, denn diese profitieren im weitaus geringeren Maße von den Steuermehreinnahmen. Deshalb fordert DIE LINKE die sofortige Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von jährlich 120 Millionen Euro und die kostenfreie Schülerinnen- und Schülerbeförderung.“

Zu Bildung, Kitas, Schulen und Universitäten

Kostenloser Kita-Plätze statt „Herdprämie“ !

Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion am 8.11.11.: DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag kritisiert die von der CDU/FDP-Bundesregierung ausgelobte „Herdprämie“ von bis zu 150 Euro pro Kind und Monat, die Eltern erhalten, wenn sie sich für die Kinderbetreuung zuhause entscheiden. Diese schaffe einen Anreiz vor allem für finanziell schwache Familien, deren Kinder aber in besonderem Maße von einer Interaktion mit anderen Kindern profitieren würden... „Die Bundesregierung kauft sich mit der Prämie aus ihrer Verantwortung, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz tatsächlich umsetzen zu müssen. Auf der Strecke bleiben die ohnehin benachteiligten Kinder, deren Eltern aus finanzieller Not heraus auf die Prämie zurückgreifen, statt ihre Jüngsten in die Kinderbetreuung zu geben.“

„In Schleswig-Holstein sieht es in der frühkindlichen Betreuung ohnehin schlecht aus. Mit einem Ausbau von unter 22 Prozent ist das Land weit davon entfernt, die tatsächliche Nachfrage nach Kita-Plätzen zu decken. In ländlichen Gebieten wie Dithmarschen, Steinburg und Nordfriesland gibt es gerade einmal für 11 bis 15 Prozent der Kinder einen Kita-Platz. DIE LINKE fordert: einen beitragsfreien Kita-Platz für jedes Kind, was ein gemeinsames kostenloses Mittagessen beinhaltet.“

Der Kritik entgehen: Keine Anhörung durch die Kreise

Uli Schippel, am 16.11.11.: „Die Elternbeteiligung bei der Schülerinnen- und Schülerbeförderung ist und bleibt – meine Damen und Herren – ein verkapptes Schulgeld. Nun hat der Rechnungshof in seinen Bemerkungen 2005 zur Haushaltsrechnung 2003 eine Reform der komplizierten Finanzstruktur bei der Schülerinnen- und Schülerbeförderung angeregt. Dabei sei die Einbeziehung der Kreise in die Organisation und Finanzierung nicht erforderlich...“

Ich kann die regierungstragenden Fraktionen ja schon verstehen, dass sie keine An-

hörung wollen!.. Sie müssten einmal mehr die unsozialen Kürzungen bei den Schülerinnen und Schülern verteidigen. Sie wären einmal mehr mit den Kreistagen konfrontiert, die sich zu Recht gegen die Einführung der Elternbeteiligung gewehrt haben. Sie müssten sich letztlich von ihren eigenen Leuten in den Rathäusern und in den Kreistagen unangenehme Wahrheiten sagen lassen.

Und besonders Sie – meine Damen und Herren von der FDP, die Sie sich doch Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben haben - müssten erklären, warum nun in den Kreisen zusätzliche Arbeitsstunden zu leisten sind, um die Elternbeiträge zu errechnen, zu überprüfen, anzumahnen, zu verbuchen und so weiter und so fort. Auf eine solche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hätten wir gerne verzichtet.“

Kürzungen auch bei den Volkshochschulen

DIE LINKE erneuert ihre Forderung, eine angemessene Grundfinanzierung für Träger der schleswig-holsteinischen Erwachsenen- und Weiterbildung gesetzlich festzuschreiben. „Die Volkshochschulen des Landes leisten einen qualitativ hochwertigen Beitrag als Bildungsträger“, so Uli Schippels. Gleichwohl kürze Schwarz-Gelb den Volkshochschulen von heute auf morgen die Zuschüsse für 2011 und 2012 um ca. 10 Prozent bzw. 200.000 Euro.

„Die Folgen der Kürzungen“, so Schippels, „treffen erneut den ländlichen Raum in besonderem Maße. Kleine Standorte sind in ihrer Existenz bedroht. Müssen sie schließen, ergibt sich zugleich ein Schaden für die Region... Gerade die Volkshochschulen leisten nach Ansicht der LINKEN Unschätzbare im Bereich der Erwachsenenbildung.“

De Jagers Kabinett streicht zwei Lehrstühle in Flensburg

Björn Thoroe, hochschulpolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion. am 1.11.11.: **DIE LINKE** erneuert ihre Forderung nach einer auskömmlichen Landesfinanzierung des Universitätsstandortes Flensburg. Hintergrund ist die Kabinettsentscheidung, die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge weiterhin nur unterfinanziert zu erhalten und zwei Lehrstühle von 10 zu streichen. „Nur durch die Bereitschaft regionaler Wirtschaftsunternehmen und Alumnigruppen den Wirtschaftswissenschaften jährlich 180.000 Euro aus einem Stiftungsfonds bereitzustellen, konnte der Erhalt vorübergehend gesichert werden. Das ist der erste Schritt hin zu einer Privatisierung der Universität. Herr de Jager entzieht sich seiner Verantwortung, denn es ist die Aufgabe des Landes, den Erhalt der staatlichen Bildungseinrichtung sicherzustellen.“

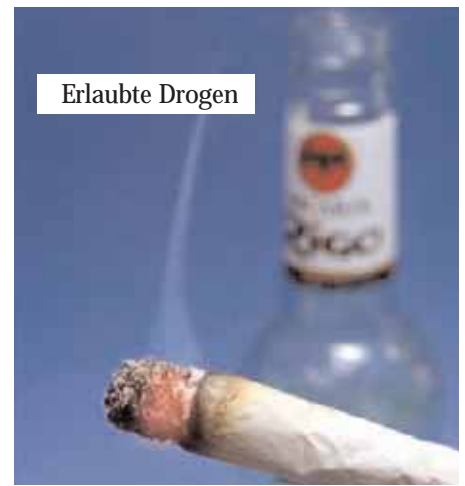
Zu Minderheiten und Migration

Zuschüsse für Dänische Schulen

Heinz-Werner Jezewski, innen- und rechtspolitische Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion, am 11.11.11.: „Der Bundestag beschämt den Kieler Landtag, weil er - anders als die Schleswig-Holsteinische Landesregierung - die geforderten Zuschüsse für die dänischen Schulen weiter zahlen und auch der friesischen Minderheit im nächsten Jahr durch einen Bundeszuschuss Planungssicherheit geben wir“. Das sei aktive Minderheitenpolitik. Die Förderung der Minderheiten in die Verfassung schreiben sei das Eine, sie dann auch in praktische Politik umzusetzen aber etwas anderes...“

Bleiberecht - eine Mogelpackung

DIE LINKE im Landtag am 29.11.11.: Der Minister für Integration, Emil Schmalfuß, erläuterte den Entwurf der Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative zum Aufenthaltsgesetz, die **DIE LINKE** kritisierte ihn seit langem. So seien die Kriterien zur Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung so anspruchsvoll, dass kaum ein Geduldeter in Schleswig-Holstein Lebender sie erfüllen könne. Die Ausländerbehörde Kiel erklärte, dass kein einziger der 100 langjährig Geduldeten alle aufgeführten Kriterien erfüllen könne. Im Jahr 2010 mussten aus diesem Grund 235 Menschen Schleswig-Holstein verlassen. Faktisch plant die Landesregierung also ein Bleiberecht, das eine Mogelpackung ist. Wie soll z.B. - wie gefordert - überprüft werden, ob die Geduldeten am sozialen Leben teilnehmen und wie sollen sie das tun, wenn sie kaum genug Geld für eine Busfahrkarte haben? Wie kann grundsätzlich verlangt werden, dass der Lebensunterhalt durch aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt gesichert ist, wenn gleichzeitig die ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüsse kaum anerkannt werden? Die Landesregierung fordert Integration und kürzt gleichzeitig bei den Migrationsberatungsstellen. **DIE LINKE** sieht es anders: Ein Bleiberecht ist immer die Voraussetzung für gelungene Integration, nicht umgekehrt!



Resolution des Landesparteitages

Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Die aktuellen Fälle der Serienmorde an Migranten und des Polizistinnenmordes, deren Täter eindeutig im rechten Milieu zu finden sind, rücken unsere ständige Forderung nach einem Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen wieder in die Nachrichten.

Wir fordern alle Parteien auf sich endlich für ein Verbot der rassistischen und faschistischen NPD zu bekennen. Insbesondere Bündnis'90/DIE GRÜNEN, die sich bei den letzten Abstimmungen im Landtag, über ein Verbot, enthalten haben. Die NPD, als Nachfolgeorganisation der NSDAP, deren Faschismus das größte Leid aller Zeiten über die Welt gebracht hat, macht keinen Hehl aus ihren antidemokratischen Absichten und tritt mit Rassenrhetorik und offener Volksverhetzung auf.

Doch auch allen faschistischen Umfeldorganisationen unter dem Deckmantel der Demokratie, die immer wieder durch rechte Gewalttaten auf sich aufmerksam machen, darunter offen faschistische Burschenschaften, sowie rechtsradikale Aktionsgruppen, muss endlich der Geldhahn abgedreht werden. **DIE LINKE** fordert eine ausreichende Förderung von antifaschistischen Netzwerken und Toleranzprojekten in Schleswig-Holstein und überall, ohne dass diese durch die sog Extremismusklausel eingeschränkt werden.

- Landesparteitag Elmshorn,
12./13. Nov. 2011

Gründlich untersucht

Deutschland ist sehend geworden

Rechte Terroristen des sogenannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" haben in Deutschland offensichtlich über 10 Jahre lang unerkannt schwerste Verbrechen verübt. Darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten offenbar gezielt Menschen mit dunkler Hautfarbe und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt.

Die vorhersehbare Folge: Politiker aller Parteien zeigen sich erschüttert, stündlich werden neue Forderungen und Lösungsansätze vorgebracht. Schon in der Vergangenheit ist daraus selten etwas Sinnvolles im Kampf gegen rechts entstanden. Im Gegenteil, seit Jahren werden Nazis verharmlost oder nicht ernst genommen und antifaschistische Initiativen geschwächt. Stattdessen wird von staatlichen Stellen und Medien gegen Muslime und Linke gehetzt. Es werden Programme gegen Linksextremismus und Islamismus aufgelegt und die Sicherheitsbehörden bekommen neue Befugnisse. Nur gegen die Nazis wird nichts unternommen.

Das gesellschaftliche und politische Klima

Die Taten, die Tatsache, dass sie jahrelang unentdeckt blieben, sowie das (angebliche) Erstaunen darüber, machen deutlich, was wir schon durch viele Studien, Umfragen und eigene Erlebnisse bestätigt bekommen haben:

1. Menschenverachtende Positionen sind in Deutschland in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dass Morde an Menschen mit Migrationshintergrund allzu schnell und ohne Beweise mit Schutzgelderpressungen oder Drogenkriminalität in Verbindung gebracht wurden, dass die Medien seit Jahren von "Dö-

ner-Morden" schreiben und bei der Polizei eine Kommission "Bosporus" eingerichtet wurde, beweist das erneut eindrücklich.

2. Vielerorts werden menschenverachtende Positionen und Taten aus Angst und Unwillen geduldet. Oft werden sie auch als Taten von Einzelnen oder Verwirrten verharmlost. Es hat System, dass Straftaten zu Lasten von Menschen mit dunkler Hautfarbe nur bei erdrückender Beweislast als "politisch motiviert" eingestuft werden.



Faschisten vom Club 88 demonstrieren in Kaltenkirchen, 11.8.2001

3. Machen die Ereignisse erneut deutlich, dass die Politik immer noch nicht oder sogar weniger denn je bereit ist, Polizei und Justiz gegen Faschismus und Fremdenfeindlichkeit in Stellung zu bringen.

Stattdessen ist das gesellschaftliche Klima geprägt davon, dass

- Taten gegen Migrantinnen, Homosexuelle und Linke als Einzeltaten abgetan werden. Anstatt dass man laut und deutlich auf die riesige Zahl von Mordopfern durch Nazis in der BRD hinweist.
- Menschen, die sich den Nazis in den Weg stellen, kriminalisiert werden. Antifas, Blockierer u.a. werden als Linksextremisten diffamiert, dabei tun sie nichts anderes, als die Menschenwürde gegen Menschenfeinde zu verteidigen.
- In Kleinstädten weggeschaut wird,

wenn Nazis öffentlich auftreten. Zum Teil aus Angst um die eigene Person und zum Teil aus Angst um den Ruf der Stadt. Lokalblätter berichten nicht über Neonazi-Strukturen, weil Journalisten Angst haben oder den Ruf ihrer Stadt nicht in Gefahr bringen wollen.

- Die Polizei nicht beherzt eingreift, wenn Nazis auf Veranstaltungen erscheinen und provokativ Präsenz zeigen und dabei Angst und Schrecken verbreiten.

- Weiterhin geduldet wird, dass Nazis in Lübeck und anderswo marschieren. Dafür, dass Mordgesellen ihre Drohungen öffentlich aussprechen, werden sogar ganze Städte jährlich in den Ausnahmezustand versetzt, werden Läden geschlossen und Anwohner stundenlang nicht zu ihren Wohnungen gelassen. Dafür, dass der braune Mob marschieren kann.

Das sind alles fatale Signale der Politik, der Verwaltung, aller öffentlichen Stellen an die Bürgerinnen und Bürger. Denn sie rufen niemanden dazu auf, sich gerade zu machen, sich

zu engagieren, sich stark zu machen gegen Nazis. Dieses Klima sagt niemandem: Wir stehen zusammen gegen Nazis! Es sagt nicht: Im Kampf gegen Nazis könnt ihr euch auf die öffentlichen Stellen und den Rückhalt der gesamten Gesellschaft verlassen.

Die Taten und die Täter

Vor dem skizzierten Hintergrund können die Taten der rechten Terroristen nicht als unvorstellbar bezeichnet werden. Wer jetzt aus allen Wolken fällt, der verkennt Realitäten, auf die schon lange hingewiesen wird. Dazu gehören 182 rassistisch motivierte Morde in Deutschland seit 1990. 120 durch Nazis zerstörte Wahlkreisbüros der LINKEN bundesweit allein im letzten Jahr und ein versuchter Bombenanschlag auf die LINKEN-Abgeordnete König im letzten Jahr in Thürin-

gen. Wo war das Entsetzen, als Nazis letztes Jahr die Alte Meierei in Kiel mit Schüssen angriffen?

Diese drei Täter, die jetzt im Fokus der Öffentlichkeit stehen, waren keine Einzeltäter! Es gab und gibt die Mittäter, es gibt Gesinnungstäter und es gab Täter, die das alles zugelassen haben, auch in den Sicherheitsapparaten. Wer jetzt versucht, alle Schuld auf die drei Haupttäter abzuwälzen, der verkennt die Realität und macht sich mitschuldig, wenn die Realität so bleibt, wie sie ist. Der macht sich auch mitschuldig, wenn einzelne Tätergruppen unbehelligt bleiben.

Der Reflex: Verlogenes Erstaunen und dann Aktionismus

Nazis haben wieder zugeschlagen und sofort geht wieder der Reflex los: Politik und Medien sind entsetzt. All das soll vorher unvorstellbar gewesen sein. Das Potpourri aus Forderungen, Analysen und Statements wird immer lauter und wir alle wissen schon jetzt, wie es enden wird: In einem Crescendo und einer großen Stille danach. Wenn der Medienrummel vorbei ist, wenn eine der vielen Forderungen als "allumfassende Lösung für die Probleme" ausgemacht und umgesetzt ist, dann werden Nazis und ihren Taten wieder totgeschwiegen oder klein geredet. Aufklärung der Hintergründe findet nur bis zu einem gewissen Grad statt.

Wie viele Lösungen brauchen wir?

Die Reflexe, die die Politik derzeit zeigt, decken ein weites Spektrum ab. Die Forderungen reichen vom erneuten Aufstand der Anständigen, bis zum erneuten NPD-Verbotsverfahren oder einer zweiten Terrordatei.

Vielleicht ist es auch wichtig, jetzt zu betonen, dass unter anderen auch DIE LINKE bereits seit Jahren warnt:

1. Nazis in Deutschland sind gefährlich und werden von offiziellen Stellen verharmlost. DIE LINKE versucht das Thema dauerhaft in der gesellschaftlichen Debatte zu halten, zum Beispiel durch zahlreiche kleine und eine große Parlamentarische Anfragen.

2. Das V-Mann-System ist gefährlich und ineffektiv. Es sorgt dafür, dass der Staat Neonazistrukturen indirekt finanziert.

3. Der Verfassungsschutz macht Politik. Anstatt die Verfassung zu schützen, macht er immer wieder gemeinsame Sa-

che mit FaschistInnen und VerfassungsfeindInnen. Es ist vielerorts die lokale Antifa, die Erkenntnisse über Nazistrukturen ans Licht bringt. Wir brauchen den Verfassungsschutz nicht. Er hat seine Legitimation endgültig verspielt.

4. Die NPD muss verboten werden (LINKEN-Landtagsantrag im Mai 2011), als Zeichen und weil es unerträglich ist, dass der Staat die Nazis finanziell unterstützt.

Forderungen der LINKEN

Forderungen, die insbesondere den Ausbau der Sicherheitsstruktur betreffen (z.B. eine weitere Terrordatei oder Vorratsdatenspeicherung), lehnt DIE LINKE vehement ab. Denn die Sicherheitsdienste waren wieder einmal Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Einige unserer langjährigen Forderungen tauchen in der aktuellen Debatte nicht auf, deswegen möchte ich sie hier noch einmal besonders bekräftigen.

Wie auch bei anders gelagerten Affären und Skandalen fordert DIE LINKE auch dieses Mal eine umfassende und vor allem öffentliche parlamentarische Aufklärung. Zentral an dieser Forderung ist, der öffentliche und nicht geheime Charakter der Aufklärung, die unter Hinzuziehung von unabhängigen Fachleuten erfolgen muss. Die geheim tagenden parlamentarischen Kontrollgremien, die den Verfassungsschutz überwachen sollen, sind zahnlose Tiger. Mitglieder, die der Meinung sind, dass rechtsstaatliche Grundsätze missachtet worden sind, können alleine nichts ausrichten. In fast allen Fällen sind Zwei-Drittel-Mehrheiten nötig, um die Aufklärung weiterzutreiben oder die Öffentlichkeit zu informieren. Bei Missachtung des Geheimschutzes drohen der Ausschluss und hohe Strafen. Es ist ein unerträglicher Gedanke, dass die Verbrechen des "Nationalsozialistischen Untergrunds" und ihre Verbindungen zu Verfassungsschutzämtern, V-Leuten und der NPD nicht vollständig aufgeklärt werden. In der bundesdeutschen Geschichte gibt es viele Fälle, die nicht aufgeklärt wurden, weil bestimmte geheime Akten nicht geöffnet wurden oder wichtige Ermittlungsergebnisse aus den Verfassungsschutzämtern nicht zu erfahren waren.

Eine weitere Forderung, die wenig Gehör findet ist die Rücknahme der geplanten Kürzungen bei den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus. Es ist



deutlicher denn je, die Programme müssen stattdessen aufgestockt, dauerhaft abgesichert und zivilgesellschaftlich verankert werden! Außerdem muss die unsinnige und schädliche Extremismusklausel gestrichen werden, sie diffamiert AntifaschistInnen und erschwert wichtige Arbeit gegen rechts.

Angesichts der Dimension des Terrors von rechts und des offensichtlichen Versagens der Verfassungsschutzämter erneuert DIE LINKE ihre Forderung nach einer unabhängigen Beobachtungsstelle von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus.

Staatliches Handeln ist kein Selbstzweck, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit verfolgt werden kann und darf. Wissen stellt für eine Demokratie keine Gefahr dar. Geheimnisschutz und im Geheimen operierende staatliche Institutionen hingegen befördern Lobbyismus, Korruption, Desinformation der Öffentlichkeit, schüren Misstrauen und schaden nicht nur dem Gemeinwohl, sondern auch dem Ansehen der Demokratie insgesamt.

Das Problem der gegenwärtigen Debatte liegt auch an ihrer Unstrukturiertheit. Ihre Analyse kann trotzdem hilfreich sein. Meine Hauptthese ist, dass sich an der medialen Debatte ablesen lässt, was ich als Hauptproblem im Kampf gegen den Faschismus ausmache: ein Klima der Duldung und des Wegschauens, das von öffentlichen Stellen ausgeht und in seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft fürchterliche Früchte trägt. Dulden und Wegschauen werden in Krisensituationen mit reflexhaftem Aktionismus vertuscht.

- Björn Thoro, Sprecher für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE, im Landtag

Netzausbau - neue Hoch- und Höchstspannungsleitungstrassen

Der auf der Grundlage des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) vorgesehene Neubau von voraussichtlich zwei 380 kV-Leitungen und diverser 110 kV-Leitungen betrifft in Schleswig-Holstein vor allem die Bürger in Nordfriesland, Dithmarschen und Ostholstein. Gestützt werden die deutschen Ausbaupläne, von insgesamt 3.600 km wird ausgegangen, formal durch die Merseburger Beschlüsse der Bundesregierung, durch den Beschluss zum Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie bis 2022 und durch zwei Studien der Deutschen Energie-Agentur (dena).

Auch das Gesetzgebungsverfahren für das Netzausbaubeschleunigungsgesetz war beschleunigt worden, es kam innerhalb weniger Monate zustande. Kurz nach der Verabschiedung lagen die ersten Ausbaupläne vor. Die Region Nordfriesland/Dithmarschen ist als Pilotregion bestimmt worden. Die ersten Veranstaltungen zur Information der Öffentlichkeit fanden in Nordfriesland am 3. November in Husum und am 10. November in Bredstedt statt. Auf diesen Veranstaltungen zeigte sich aber auch, dass die Informationspolitik des in Schleswig-Holstein federführenden Wirtschaftsministeriums des Landes völlig unzureichend ist. Die Informationen bezogen sich nur auf drei ausgewählte Trassen, die Grundlagen der Planungen wurden nicht thematisiert. Auch die schriftlichen Unterlagen bezogen sich prinzipiell nur auf die Trassenplanungen. Für normale Bürger waren die vielen Detailinformationen zur Trassenplanung wiederum nur schwer nachvollziehbar.

Offensichtlich sind Wirtschaftsministerium und Kreis, trotz der Ankündigung weitere Informationsveranstaltungen durchzuführen, an einem möglichst reibungslosen Durchziehen der Planungen interessiert. Der Ablauf des gesamten, gegenüber früheren Vorgaben neuen Verfahrens, blieb ebenso unklar wie die energiepolitischen Randbedingungen und Alternativen. Auf den zusammen mit den Planern der zuständigen Konzerne durchgeführten Veranstaltungen blieben deshalb etliche Fragen offen.

Das hohe Tempo des Verfahrens verun-

sichert, die meisten Bürger können die Hintergründe und Zusammenhänge des Netzausbaus nicht durchschauen. Die Verantwortlichen dürften daran auch nicht besonders interessiert sein. Sie werden sich auf diejenigen konzentrieren, die durch die Nachbarschaft zu Leitungen und Masten direkt betroffen sein werden. Möglicherweise stehen auch noch Enteignungsverfahren bevor. Diese Art der Informationspolitik führt wie so häufig zu Resignation und Spaltung der Bürger in Betroffene und nicht Betroffene. Eine dritte Gruppe, vergleichsweise wenige Profiteure, sind nicht zu vergessen.

Zum Zunge zerbrechen ...

Höchstspannungsleitungstrassen- Netzausbaubeschleunigungsgesetz Offshore-Windenergieanlagen

blematisch eingestuft werden, da sie Schutzgebiete durchschneiden würden und den Vogelzug beeinträchtigen. Das Landschaftsbild, die historischen Kulturlandschaft haben in Nordfriesland, nicht zuletzt für den Tourismus, eine herausragende Bedeutung und sind jetzt erneut gefährdet, teilweise ja schon nicht uner-



Wilstermarsch 2011

Gravierende Mängel des Vorhabens:

- Eine umfassende mit den Nachbarländern abgestimmte Energiekonzeption liegt nicht vor.
- Energiesparkonzepte von Bund, Land, den Städten und Kreisen oder von Industrie und Gewerbe liegen ebenfalls nicht oder nur in Ausnahmefällen vor.
- Möglichkeiten und Standorte von Stromspeicherverfahren sind ungeklärt.
- An der Westküste ist keine Verbindung mit dem dänischen Stromnetz in der konkreten Planung.
- Die auch wirtschaftlich sinnvolle Einbindung der Bahnstromversorgung in die Planungen und damit der Anschluss an das ICE-Netz werden von Kreis und Land abgelehnt, obgleich das Gesetz dies ausdrücklich vorsieht.
- Die vorgestellten Trassenverläufe der 380 kV-Leitungen müssen als höchst pro-

hebelich beeinträchtigt.

- Die Kosten der gesamten Planungen werden praktisch vollständig überwiegend auf die privaten Verbraucher übertragen. Kommunen über deren Gebiet Trassen verlaufen, werden einmalig entschädigt. Über Entschädigungszahlungen an Anlieger ist nichts bekannt.
- Im Rahmen der formalen Verfahren können erstmalig private Projektmanager eingesetzt werden.
- Die Abläufe des verschiedenen Verfahrens sind nicht transparent, da z.B. schematische Darstellungen mit Angaben zu den Zuständigkeiten (Bundesnetzagentur, Wirtschaftsministerium des Landes, Kreise) mit konkreten Zeit- und Ortsangaben fehlen.
- Eine 380 kV-Leitung an der Westküste kann im Bereich der Eider-überquerung wegen der Naturschutz- und Landschaftsschutzbelange (Natura 2000-Gebiete) nicht akzeptiert werden. Nördlich

der Eider und der Halbinsel Eiderstedt sollte deshalb eine Einbindung der 110 kV-Trassen in die vorhandene 380 kV-Leitung, die etwa in der Mitte des Landes verläuft, und eine Einbindung in das dänische Stromnetz erfolgen.

In der Regel werden Anregungen und Bedenken gegengewogen, entweder durch sogenannte Ausgleichsmaßnahmen und sie werden von vornherein als nicht relevant für das Verfahren aussortiert. Es bleibt für anerkannte Verbände und Betroffene prinzipiell der Rechtsweg, doch dieser Weg ist nicht umsonst und natürlich mit Risiken behaftet. Den Antragstellern wird zudem oft ein vorzeitiger Beginn der Maßnahmen zugestimmt, der eine rechtliche Bewertung belastet. Es muss davon ausgegangen werden, dass das Netzbeschleunigungsgesetz ein solches Vorgehen tendenziell forciert.

Der Netzausbau wird zu neuen Konflikten mit der Natur, dem Tourismus und den Menschen führen. Die Konflikte sind eine weitere enorme Belastung, sie verschärfen die vielfältigen bereits vorhandenen Konflikte durch weitere Ausweitung von Windeignungsflächen, noch höhere Großwindenergieanlagen, Maismonokulturen (Maiswüsten), Massentierhaltung, CCS, örtlich einseitige Abhängigkeit vom Tourismus und Verdrängungseffekte durch den Tourismus. Die Folgen dieser Entwicklung sind darüber hinaus steigende Grundstücks- und Pachtpreise, steigende Lebensmittel und Strompreise, schließlich weiterer Landschaftsverbrauch und weiterer Artenchwund.

- Klaus Peters, Gegenwind12/11

Daten und Fakten zum Netzausbau

Erste Regionalkonferenz am 26.09.2011 in Eutin; 1,5 % der Landesfläche sind als Windeignungsfläche ausgewiesen, bis 2010 ca. 0,8 %.

Prognose: Bis 2015 sollen ca. 9.000 MW überwiegend aus Windenergie installiert sein. Weitere 3.000 MW aus Offshore Anlagen werden erwartet. 2010 lag die Leistung aus erneuerbaren Energien bei ca. 4.000 MW.

Es sind drei Akteure für den Netzausbau zuständig:

- Schleswig-Holstein Netz AG mit Mittelspannung
- EON Netz mit Hochspannung
- Tennet mit Höchstspannung 220kV/380 kV

Tennet ist ein holländisches Staatsunternehmen, an das das bestehende Höchstspannungsnetz von den großen deutschen Stromerzeugern verkauft worden ist.

Leistungen: Es sollen 110 kV- und 380 kV-Leitungen installiert werden, es ist vorgesehen 110 kV-Leitungen auch als Erdkabel zu verlegen. Für die Verlegung von Erdkabeln gilt eine Wirtschaftlichkeitsklausel. Technisch möglich ist auch eine Erdverkabelung von 380 kV-Leitungen.

Die Masten: der 380 kV-Leitungen haben einen Abstand von ca. 400 Meter und sind 50 bis 60 Meter hoch.

Bislang sind drei Ausbauvarianten untersucht worden:

- 110 kV zur Mitte des Landes
- 380 kV zur Mitte des Landes
- 380 kV- Übertragungsleitung an der Westküste

Es werden jeweils mehrere Transformatorstationen erforderlich. Die Westküstenvariante ist nach Angaben der Betreiber die wirtschaftlich günstigste Variante. Die Länge der Höchstspannungsleitungen liegt zwischen 150 und 330 km. Insgesamt sollen in Schleswig-Holstein bis zu 700 km installiert werden, in Deutschland bis zu 3.600 km. Die für die Höchstspannungsnetze verantwortliche oberste Behörde ist die Bundesnetzagentur. Dort sollen 240 zusätzliche überwiegend wissenschaftlich ausgebildete Fachkräfte zusätzlich eingesetzt werden. Kosten: 25 Mio. Euro pro Jahr. Die Investitionskosten von einem Kilometer 380 kV-Freileitung betragen 750.000 Euro. Die Anbindung von 1.000 MW Offshore-Windenergieanlagen kostet 1 Mrd. Euro.

Es gilt keine Mindestabstandregelung zum Schutz der Anwohner sondern nur eine Grenzwertfestlegung zum Schutz vor elektromagnetischen Strahlungen.

Es ist ein Bundesfachplanungsbeirat vorgesehen, an dem aber keine Vertreter von Umweltverbänden beteiligt sind.

Antrag der Rats-Fraktion DIE LINKE. Kiel

an die Ratsversammlung der Stadt Kiel am 29.09.2011.

Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zum Werben um ein Verbleiben der Bundeswehr in der Landeshauptstadt Kiel, ein kommunales Konversionskonzept zu entwickeln...

Begründung:

Die Bemühungen der Bundesregierung um Haushaltskonsolidierung und die Bundeswehrreform führt jetzt und in den nächsten Jahren auch zur Reduzierung des Verteidigungsetats. Die Landeshauptstadt Kiel ist als Marinestandort gewachsen und wird sich angesichts der Bundespolitik auf einen sozialen, gesellschaftlichen und städtischen Wandel vorbereiten müssen.

Dieser Prozess ist nicht eine Gefahr für die Kieler Wirtschaft, sondern eine Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt. Kiel kann sich aus seinem historisch gewachsenen Kor-

sett als Militärstandort befreien und eine Stadt des Friedens werden. Dem Ziel der Abrüstung, der Reduktion der Rüstungsausgaben, der Neuschaffung ziviler Arbeitsplätze und der Konversion der in Kiel ansässigen Rüstungsbetriebe fühlen sich alle demokratischen Kräfte in der Kieler Ratsversammlung verpflichtet. Daraus resultiert eine Verantwortung, sich mit dem Abzug des Militärs aus Kiel progressiv zu widmen und nachhaltige, ökologisch sinnvolle, wirtschaftlich tragfähige und arbeitsplatzsichernde Optionen ohne Militär zu entwickeln.

Für dieses Ziel soll das obengenannte Konzept ein erster Baustein sein. Jetzt weiter zuzuwarten, auf den Verbleib der Marine und auf eine weitere Remilitarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik zu hoffen, wird in unansehnlichen Branchen im Stadtbild und verlorenen Arbeitsplätzen enden. Dem gilt es sich entgegenzustellen und für Kiel eine zivile Entwicklungsperspektive zu starten.

- Ratsherr Stefan Rudau und Iris Rosenbaum, LinX 12/11

Konversionskonferenz am 19.11.11 im Kieler Landeshaus

Truppenreduzierung als Chance



Von links: Rüdiger Balduhn, Paul Schäfer und Björn Thoroë - Hartmut Röder, Bernhard Gonnermann und Miro Berbig

Die am 26. Oktober verkündeten Standortschließungen der Bundeswehr treffen Schleswig-Holstein besonders hart. Von 26.000 Arbeitsplätzen werden fast 11.000 wegfallen. Diese Entwicklung ist nicht Ergebnis des Friedenswillens der Bundeswehr, sondern im Gegenteil Konsequenz der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Eingreifarmee.

Wir können die Truppenreduzierung auch als Chance für die Kommunen begreifen, wenn es gelingt, alternative, zivile Nachnutzungskonzepte zu entwickeln. Als einzige Friedenspartei im Bundestag sind wir als LINKE gefordert, nicht nur gegen Krieg zu sein, sondern auch friedliche, soziale Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen aufzuzeigen. Angesichts der Dimension der Truppenreduzierung wird dies sicher auch Thema im Landtagswahlkampf.

Um uns auf diese Auseinandersetzung vorzubereiten, veranstaltete die Landtagsfraktion zusammen mit dem „Forum LINKE Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein“ am 19. November im Landeshaus in Kiel eine Konversionskonferenz mit dem Titel „Truppenreduzierung als Chance“. Gemeinsam mit den Referenten diskutierten dort KommunalpolitikerInnen über Voraussetzungen und wirtschaftliche und rechtliche Möglichkeiten für eine gelungene Konversionspolitik.

Nach der Begrüßung durch den Landtagsabgeordneten Björn Thoroë leistete Paul Schäfer, Verteidigungs- und Abrüstungspolitiker der Linksfraktion im Bundestag, eine politische Ein-

führung ins Thema: Die gegenwärtige Truppenreduzierung sei zwar dem akuten „Sparzwang“ geschuldet, doch müsse sie auch im Kontext der seit den 1990er Jahren laufenden Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer globalen Angriffstruppe gesehen werden. Durch die Schlie-

Eine erfolgreiche Konversion ehemaliger Militärstandorte ist auch in Schleswig-Holstein möglich!

ßungen erfolge auch eine Zentralisierung der Standorte, um eine raschere Einsatzfähigkeit herzustellen.

Konkret auf Schleswig-Holstein bezogen waren dann die Ausführungen von Rüdiger Balduhn. Er leitet das „Konversionsbüro“, das im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist und den Kommunen für Konversionsprojekte zur Seite stehen soll. Herr Balduhn legte die konkreten Truppenreduzierungen in Schleswig-Holstein dar und gab erste Hinweise für Fördermöglichkeiten betroffener Kommunen. Interessant dabei war, dass die Förderung von Konversion im Rahmen der Förderprogramme für strukturschwache Regionen erfolgt.

Nach der Mittagspause referierte Bernhard Gonnermann, ehemaliger MdL in Brandenburg und bis 1998 Leiter des unabhängigen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung, über die Erfahrung mit Konversionsprojekten in den neuen Bundesländern. Im Anschluss daran

führte Hartmut Röder, Geschäftsführer der GKU Standortentwicklung GmbH, sehr konkret in die Problematik der einzelnen betroffenen Kommunen in Schleswig-Holstein ein. Er zeigte auf, wo Fördermöglichkeiten bestehen, wie die Kommunen die Belastungen für ein Konversionsprogramm möglichst gering halten können und welche Fallstricke umgangen werden müssen. Anhand der einzelnen betroffenen Standorte gab er eine erste Einschätzung, wie ein erfolgreiches Konversionsprogramm konkret vor Ort aussehen könnte.

Die Ergebnisse der konstruktiven und ertragreichen Konferenz werden mit den einzelnen Beiträgen dokumentiert werden. Dabei geht es in erster Linie darum, unseren KommunalpolitikerInnen vor Ort eine Arbeitshilfe anhand zu geben, mit deren Hilfe sie Antworten auf die Frage geben können: Welche Alternativen hat DIE LINKE anzubieten? Die Veranstalter und der Landesvorstand sind auch gerne bereit, vor Ort Hilfestellungen zu leisten und Kontakte zu ReferentInnen für Veranstaltungen herzustellen – das Thema wird uns sicherlich bis zu den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres und darüber hinaus begleiten!

- Lorenz Gösta Beutin

Weitere Infos zum Thema:

<http://www.linksfraktion.de/themen/bundeswehr-konversion-militaerischer-standorte/>

Eine andere Welt ist nötig!

Proteste gegen das Global Economic Symposium 2011 in Kiel

von Ramona Hall, Björn Thoroer und Stefan Karstens

Das Global Economic Symposium (GES)

Beim GES handelt es sich um ein seit vier Jahren auf Initiative des in Kiel sesshaften "Instituts für Weltwirtschaft" (IfW) und der Bertelsmann-Stiftung jährlich stattfindendes Treffen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politikern sowie Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaftsunternehmen, ausgewählten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und Medien. Es versteht sich selbst als "hochrangiges Lösungsforum", auf dem sich "weltweit führende Köpfe aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft" treffen.

Diese haben den selbst formulierten Anspruch, konkrete Lösungsvorschläge für mannigfaltige globale Probleme der Sphären „Globale Wirtschaft“, „Globale Gesellschaft“, „Globale Politik“ und „Globale Umwelt“ erarbeiten zu wollen, die in politische Entscheidungsprozesse Eingang finden und darauf Einfluss nehmen sollen, z.B. beim Internationalen Währungsfonds (IWF), bei den transnationalen Polizeibehörden Europol und Interpol oder der Weltbank.

Die auf der Webseite des GES zu findende Übersicht der Partner und Sponsoren lässt im übrigen erahnen, in wessen Interesse diese „Lösungsvorschläge“ erarbeitet werden. Dass zum Beispiel der Großkonzern Veolia, weltweit berüchtigt für das Aufkaufen privatisierter Wasserwerke und deren rücksichtslose Auspressung im Dienste von Maximalprofiten, seine „Expertise“ bei der Lösung des Problems fehlenden Zugangs zu sauberem Trinkwasser einbringen soll, spricht Bände über den Charakter dieser Veranstaltung.

Der Gegenkongress

Schon Monate im Voraus hatte sich ein breit zusammengesetztes Bündnis von Aktiven - u.a. Attac, das Nordelbische Frauenwerk, der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, der Ver.di Bezirk Kiel/Plön, Avanti - Projekt undogmatische Linke, DIE LINKE Schleswig-Holstein - darauf

vorbereitet: Vom 30.09 bis 1.10 fand der Konress „Eine andere Welt ist nötig! Wie wollen wir leben?“ in der „Pumpe“ in Kiel statt.

Dieser Kongress war bewusst als Gegenveranstaltung zum GES konzipiert, die globalen Probleme sollten fundiert aus einem anderen Blickwinkel betrachtet und diskutiert werden. Zur Auftaktveranstaltung am Freitagabend kamen überraschend viele Interessierte: Rund 200 Zuschauerinnen und Zuschauer wollten das Eröffnungspodium unter dem provokanten Titel „Brauchen wir Wirtschaftswachstum?“ verfolgen.

Im ersten Teil beschäftigte das Podium mit der Analyse der gegenwärtigen Situation. Einig waren sich alle Diskutierenden, dass Wirtschaftswachstum an sich sowie dessen zentrale Parameter (BIP, Handelsvolumen) nichts mit der Lebensqualität einzelner Menschen oder ganzer Bevölkerungsgruppen zu tun hat - vielmehr würde nur das Ergebnis gewerblicher Tätigkeiten addiert, ohne den eventuellen gesellschaftlichen Nutzen oder auch Schaden zu benennen.

Der anwesende Dr. Norbert Reuter, Volkswirtschaftler beim Ver.di-Bundesvorstand, brachte es mit einem plastischen Beispiel auf den Punkt: „Nach dieser Wachstumslogik ist es besser, wenn ein Verkehrsunfall passiert, als wenn dieser nicht passiert. Die Reparatur des Wagens erzeugt Wachstum. Die Ausbesserung von Schäden an der Straße erzeugt Wachstum. Die Behandlung der Verletzten bewirkt Wachstum. Wenn diese Verletzten dann noch langfristig auf Medikamente oder Hilfsmittel angewiesen sind: Noch mehr Wachstum.“



Konsens herrschte ebenso darüber, dass die gegenwärtige Form des Wirtschaftens immense Schäden am Ökosystem Erde verursacht hat. Mit begrenzten Ressourcen sei ein unendliches Wachstum schlicht unmöglich. Schlimmer noch: Ressourcenverbrauch, Emissionen von Treibhausgas und Raubbau an der Natur würden gegenwärtig mit enormer Geschwindigkeit zunehmen, entgegen allen politischen Beteuerungen der verschiedenen Regierungen. Im Zweifelsfall würden fast alle Regierungen primär den jeweiligen ökonomischen Interessen den Vorzug geben.

Andererseits wurde von machen Diskutierenden darauf hingewiesen, dass insbesondere die Länder des globalen Südens einer Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (also: Wirtschaftswachstum) dringend bedürfen, um die Lebenssituation ihrer Bevölkerung zu verbessern. Hier als lebenslange Nutznießer in einer westlichen Überflussesgesellschaft Verzicht predigen zu wollen, gehe in die völlig falsche Richtung und sei schlicht ungerecht. Vielmehr müssten die Industriegesellschaften den so genannten Ent-



wicklungs- und Schwellenländern dabei helfen, ihre wirtschaftliche Entwicklung ökologisch verträglich zu gestalten. Ein massiver Transfer von Technologien und Geldmittel sei hierfür Bedingung. Ob dieses unter dem derzeitigen, von westlichen Ländern dominierten Welthandelsregime zu verwirklichen sei, dürfe allerdings stark bezweifelt werden.

Der zweite Teil der Podiumsdiskussion befasste sich mit der perspektivischen Frage „Was ist ein gutes Leben?“. Hierbei wurde u.a. bemängelt, dass die derzeitige Interpretation des Begriffs „Freiheit“ viel zu oft auf „Entscheidungsfreiheit im Konsum“ reduziert würde. Vielmehr sei ein Ausbau politischer Beteiligungsmöglichkeiten Bedingung dafür, tatsächlich frei sein zu können. Eine reale politische Gestaltungsfreiheit für die Mehrheit der Bevölkerung sei allerdings so lange nicht zu verwirklichen, wie die Gestaltung der Bedingungen der Produktion in der Hand einer kleinen, reichen und dadurch mächtigen Minderheit sei.

Ferner müsse für eine andere Verteilung der erwirtschafteten Einkünfte gekämpft werden - hier seien insbesondere die Gewerkschaften gefordert und müssten aus dem politischen Raum mehr Unterstützung erfahren. Zur Zeit sei es so, dass insbesondere in Deutschland eine massive Umverteilung von Unten nach Oben stattfinde und dieses Land „europäischer König des Lohndumpings“ sei. Die Konzentration auf den Export habe durch die so erwirtschafteten Handelsbilanzüberschüsse die massive Verschuldung anderer Länder erst verursacht. Hier müsse durch eine Stärkung der Binnennachfrage, eine Ausweitung der sozialen Dienstleistungen, sowie eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung gegengesteuert werden. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre sei ohne einen Einkommenszuwachs bei den Beschäftigten erfolgt, die viel beschworene Reduzierung

der Arbeitslosenzahlen sei fast ausschließlich auf den Niedriglohnsektor zurückzuführen.

Einer der Podiumsteilnehmer plädierte für ein „ökologisches finanziertes Grundeinkommen“, welches auf der Versteigerung von Ressourcennutzungsrechten beruhen sollte. Dieses würde zu einer Reduzierung des Verbrauchs, weniger Herrschaftlichkeit und mehr Gleichheit führen.

Im Ergebnis waren sich die Beteiligten der Podiumsdiskussion einig, dass Wirtschaftswachstum eine Grundbedingung für das Funktionieren eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Eine Kritik am Wachstum müsse mit einer Kritik am

alle Menschen weltweit ermöglichen soll. Der Workshops „Solidarische Ökonomie“ und „Wachstum, Bruttoinlandsprodukt, Lebensqualität...“ beschäftigte sich mit Beispielen und Vorschlägen anderer Formen des Wirtschaftens jenseits kapitalistischer Verwertungslogik.

Unter dem Titel „Festung Europa“ fasste sich ein Workshop mit der Abschottungspolitik der Europäischen Union gegenüber Flüchtlingen, welche nicht nur die elementaren Rechte der betroffenen Menschen missachtet, sondern häufig genug den Tod Unschuldiger an den europäischen Außengrenzen zumindest billigend in Kauf nimmt. Weitere Workshops befassten sich mit der derzeitigen, andauernden Weltwirtschaftskrise (die eben nicht nur eine Krise der Finanzwirtschaft ist!) im allgemeinen sowie der so genannten „europäischen Staatsschuldenkrise“ im besonderen.

Unter dem Slogan „Eine Welt ohne Kriege!“ bot die Initiative Antimilitaristische Stadtrundfahrt einen Workshop an, der sehr erhellende wie bedrückende Informationen über den Umfang der Rüstungsproduktion in Kiel bot und Strategien einer zivilen Konversion diskutierte. Ausgehend von der These, dass eine

Nur in der solidarischen Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen und Organisation liegt die Chance, wirkungsvoll in gesellschaftliche Diskurse einzugreifen

Kapitalismus einhergehen - langfristig würden sich die Auflösung sozialer Widersprüche und die Notwendigkeiten des Schutzes des Ökosystems nur durch eine andere Form des Wirtschaftens erreichen lassen.

Am zweiten Tag des Kongresses „Eine Andere Welt ist nötig!“ fanden sich die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops zusammen, um sich intensiv mit verschiedenen globalen Problemen zu beschäftigen.

So ging es im Workshop „Globale Soziale Rechte“ darum, Perspektiven für eine radikale Demokratisierung und Emanzipation zu diskutieren, welche die Verwirklichung sozialer Grundrechte - wie den Zugang zu Trinkwasser, medizinischer Versorgung, Wohnraum, etc. - für

reine Verhinderung von Privatisierungen nicht ausreicht, wurden im Workshop „Demokratisierung der Daseinsvorsorge“ am Beispiel der kommunalen Ebene Partizipation und Kontrollmöglichkeiten bei öffentlichen Unternehmen beraten. Um den Einfluss der Energiekonzerne sowie die Möglichkeiten lokalen Gegensteuerns ging es im Workshop „Kiel fossil?“.

Das Abschlussplenum am Samstagabend zeigte deutlich, dass alle Teilnehmenden die Workshops als sehr bereichernd empfunden haben. Durch die bei diesem Kongress erfolgte Vernetzung und Diskussion zwischen den verschiedenen (zivil-)gesellschaftlichen und politischen Akteuren wurde die Entschlossenheit bestärkt, weiter für eine „andere Welt“ zu kämpfen.

Die antikapitalistische Veranstaltungsreihe

Ergänzend zum Gegenkongress haben verschiedene Gruppen und Organisationen - darunter auch die Linksjugend [solid] Schleswig-Holstein - anlässlich des GES eine Veranstaltungsreihe organisiert, welche ganz im Zeichen der Kapitalismuskritik stand.

Mit einer Auftaktveranstaltung am 13.9. wurden Informationen über das GES und seine Bedeutung vermittelt, die Liste der dort Teilnehmenden kritisch analysiert und insbesondere auf die Rolle des in Kiel beheimateten - und immer wieder durch öffentlichkeitswirksame radikal-neoliberale „Reformvorschläge“ auffallende - „Institut für Weltwirtschaft“ eingegangen.

Eine spätere Veranstaltung beschäftigte sich mit der militärischen Sicherung der Seewege, etwa vor der Küste Somalias und den tatsächlichen Ursachen der dort auftretenden Piraterie. Des Weiteren wurde an dieser Stelle über Unterstützungsarbeit für die nach Deutschland verschleppten mutmaßlichen somalischen Piraten beraten, welchen derzeit in Hamburg der Prozess gemacht wird.

Unter dem Titel „Kapitalismus in Grün?“ wurde sich bei einer von der Linksjugend [solid] organisierten Veranstaltung mit dem Konzept eines „Green New Deal“ (GND) und der Rolle der Partei der GRÜNEN beschäftigt. Hierbei wurde herausgearbeitet, dass der GND keine Lösung der gegenwärtigen Menschheitsprobleme darstellt, sondern neue Wege der Profitmaximierung auf dem Feld der erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien eröffnen soll. Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit dem Thema politischer Bewusstseinsbildung anlässlich der aktuellen Krisen sowie den Grundlagen einer Kapitalismuskritik.

Die Demonstration

Am 4. Oktober - dem Auftakttag des GES - versammelten sich schließlich rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Aktionstag. Dieser begann mit einer Kundgebung vor dem Kieler Hauptbahnhof, direkt gegenüber dem Hotel Atlantic, Tagungsort des GES. Mittels zahlreicher Redebeiträge, verschiedener Flugblätter und Musik wurde auf das Treffen der neoliberalen Eliten und deren Machenschaften hingewiesen.

In den Abendstunden dann wurde der



Buntes Glinde
Demonstration
gegen
die Firma
Thor-Steinar

am
26. November
2011

Aktionstag mit einem Demonstrationzug durch die Kieler Innenstadt fortgesetzt, welcher wiederum direkt vor dem Tagungshotel seinen bewusst lärmenden Abschluss fand. Manche werden sich daran gestört haben: So bemühte sich die mit Hundertschaften das Hotel bewachende Polizei, die Abschlusskundgebung zu unterbinden. Mit Hinweis auf das Versammlungsrecht und die entsprechend vorliegende Anmeldung konnte diesem Eskalationsversuch allerdings friedlich Einhalt geboten werden. Trotzdem sah sich der regionale Tageszeitungs-Monopolist „SHZ“ am folgenden Tage dazu genötigt, von „Straßenblockaden“ zu schreiben.

Die Rolle der LINKEN

Als einzige im Landtag vertretene Partei hat sich DIE LINKE von Anfang an den verschiedenen Vorbereitungen für die Aktionen gegen das GES beteiligt. Dieses macht deutlich, dass sich DIE LINKE in Schleswig-Holstein nicht - wie etwa die GRÜNEN, deren Vertreterinnen und Vertreter dort gern gesehene Gäste waren - zum Büttel einer Veranstaltung machen lässt, welche "seriöse Befassung" mit den ernstzunehmenden Problemen der Welt nur vorgaukelt, um knallharte Interessenpolitik im Dienste der Eliten und Konzerne zu betreiben.

Vielmehr sieht DIE LINKE ihre Rolle darin, am Widerstand gegen solche Veranstaltungen mitzuwirken und mit den verschiedensten Akteuren Teil einer Bewegung zu sein, welche offen und solidarisch über Lösungsmöglichkeiten im Interesse der Mehrheit der Menschen diskutiert und für diese Lösungen in den Parlamenten, den Kommunalvertretungen sowie insbesondere auch auf der Straße kämpft!

Kreis Stormarn

Bildungs- und Teilhabepaket - keine Erleichterung sondern ein Flop

Nach sieben Jahren Hartz-IV-Praxis wurde aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2010 eine Änderung bezüglich der Leistungen für Kinder notwendig, um ihrem speziellen Bedarf gerecht zu werden. Aber anstatt eines neu berechneten Regelsatzes für Kinder, in welchem den speziellen Bedürfnissen Rechnung getragen wird, wie beispielsweise auch vermehrter Bedarf an Kleidung aufgrund von Wachstum, kam beim Gesetzgeber ein „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BuT) heraus.

Dieses nun eingeführte BuT bringt vielleicht eine kleine Erleichterung für die Familien in Hartz-IV-Bezug, Wohngeldbezieher und Kindergeldzuschlagbezieher mit sich, geht aber am tatsächlichen Bedarf und dem Recht auf gesellschaftliche Teilhabe vorbei.

In der lebhaften Diskussion von Betroffenen und Fachleuten während der diesjährigen **Stormarner Kindertage** wurde deutlich, dass für viele betroffene Familien jede weitere Antragstellung zu dem allgemeinen halbjährlichen Antrag mit Schamgefühlen behaftet ist. Es müssen für ein Kind gleich mehrere Anträge gestellt werden: für die Schülerbeförderung und für einen Zuschuss zu Kita- oder Schulesen (wenn dieses überhaupt angeboten wird) und einen Antrag für die Mitgliedschaft im Sportverein oder für Musikunterricht. Hierfür sind zehn Euro im Monat vorgesehen.



Aus Kreisen und Arbeitsgemeinschaften

Eventuell ist ein Antrag für die Nachhilfe zu stellen; hier ist auch noch die Notwendigkeit der Förderung durch die Lehrkraft zu bestätigen. Gewährt wird jedoch Nachhilfe nur, wenn die Versetzung gefährdet ist. Eltern und Schüler werden in diesem Zusammenhang entmündigt, über die Notwendigkeit einer schulischen Förderung zu entscheiden.

All diese vielen Anträge für jedes Kind müssen nicht nur gestellt, sondern auch noch bearbeitet und entschieden werden. Hierdurch entsteht ein riesiger Verwaltungsaufwand: Der Kreis Stormarn musste neue Personalstellen einrichten, allein um die Kontrolle und die Koordination bezüglich der Verwaltung des BuT zu gewährleisten. Anträge müssen je nach Art der Hilfebedürftigkeit beim Job-Center, der Wohngeldstelle oder der Kindergeldstelle gestellt werden.

Spätestens hier wird dem Leser deutlich, dass es sich beim BuT um ein riesiges bürokratisches Monstrum handelt, das über Steuergelder finanziert wird. Ein ganz besonderes, von der Regierung unbeachtetes Problem im ländlichen Raum, wie bei uns in Stormarn, ist das äußerst spärliche Angebot des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV), wenn es überhaupt vorhanden ist. Die unzureichende Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmöglichkeiten gerade in kleineren Dörfern verhindert zudem die Inanspruchnahme von Kursen und Nachhilfeangeboten - jüngere Kinder können in den Abendstunden nicht 1,5 Stunden an der Bushaltestelle warten, um nach Hause zu kommen.

Ein PKW ist in armen Familien meistens nicht vorhanden und auch nicht im Regelsatz vorgesehen. Hier ist der Kreis Stormarn gefordert, für ausreichende Mobilität zu sorgen.

- Heidi Beutin, Sprecherin der Kreistagsfraktion LINKE Stormarn, 10.10.11.

**Wir freuen uns,
dass so viele Leute zu unserem
Block gefunden haben
und danken noch mal allen
Teilnehmern für ihr Dabeisein.**

Buntes Glinde:

Eindrücke von der Anti-Thor-Steinar-Demo

Am 16. September 2011 eröffnete in Glinde ein Laden, der unter anderen Bekleidung der Marke ‚Thor Steinar‘ verkauft, die bei Rechtsradikalen und Faschisten eine beliebte Modemarke ist. Wer sie trägt, bekennt sich in der Regel zu faschistischem Gedankengut.

Von Anfang an waren es vor allem die Linksjugend [solid] und der Ortsverband Glinde/Oststeinbek/Reinbek der Partei DIE LINKE, die gegen diesen Laden mobil gemacht haben. Empörte Gliner halten täglich eine Mahnwache vor dem Laden, mittlerweile hat sich daraus ein Jugend- und ein Bürgerbündnis gegründet, sowie auf Initiative unserer Partei hin ein Parteienbündnis gegen den Laden konstituiert. Unter dem Motto „Glinde ist bunt - nicht braun“ entfalten sich vielfältige Aktivitäten.

Mit rund 800 Demonstranten erfuhren die Proteste gegen den Thor-Steinar-Laden am 26. November 2011 ein echtes Highlight. Angeführt von Bürgermeister Zug und Bürgervorsteher Schneider folgte ein langer Zug von Teilnehmern bestehend aus TSV Glinde, Grüne, SPD, LINKE, [solid], SAV, Bürgerbündnis, Jugendbündnis, CDU Junge Union, GEW, IG BCE, Ver.di, Theater ut de Møl bis hin zu vielen Gliner Einwohnern vom Mühlencenter bis zum Gliner Berg. DIE LINKE und [solid] bildeten hinter ca. 50 Demonstranten einen breiten Block vorne mit dem Transparent „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ und beidseitig flankiert von Transpis mit der Aufschrift „Hinter dem Faschismus steht das Kapital. Der Kampf um Befreiung ist international“ und „Antifaschistischer Widerstand“.

Mittendrin die roten Fahnen von der LINKEN und [solid]. Von vorne gesehen machte unser Block mit mindestens 100 Leuten einen imposanten Eindruck. Kaum hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt ertönte schon „Glinde, Glinde das sind wir. Wir wollen keine Nazis hier“ und „Nazis raus“, „Ob Ost, ob West, nieder mit der braunen Pest“, „Hoch die internationale Solidarität“. Unser Block war nicht nur mit der größte und lauteste sondern auch der mit den besten Sprüchen. Als wir vor dem Laden ankamen, der natürlich wieder seine Rollläden runtergelassen hatte, hielten Bürgermeister, Bürgervorsteher und eine Vertreterin des Bürgerbündnisses ihre Reden. Gerne hätten wir auch unsere Position zu der Existenz dieses Ladens gehalten, doch haben uns die anderen Parteien einen Maulkorb verpasst.

Entgegen der bis dahin üblichen Praxis, alles gemeinsam zu besprechen und eine für alle verträgliche Lösung zu finden, wurde jetzt plötzlich gegen unsere Stimme darüber abgestimmt, dass keine Partei spricht. Während SPD, Grüne und CDU nur oberflächliche Floskeln gesagt hätten, wollten wir auf den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus hinweisen und dass in Glinde schlechte Jugendpolitik gemacht und die linksgerichteten Jugendlichen in ihrer Entfaltung von der Stadt gehindert wurden, weil sie ein selbstverwaltetes Zentrum gefordert hatten. Davon haben wir uns nicht unterkriegen lassen und Flugis auf der Demo verteilt, in denen wir auf dieses kleine Schurkenstück hingewiesen haben. Da wir nun kaum Redner hatten und die drei vorgenannten auch nicht besonders lange sprachen, wurde es bald etwas langweilig. Das Bürgerbündnis hat Waffeln und Kakao verteilt, aus dem Mikro ertönte Musik, man unterhielt sich, die Presse wanderte durch die Reihen, aber ein politisches Flair konnte so nicht wirklich entstehen.

Nun ja, beim nächsten Mal wird es besser, denn leider wird es den Laden wohl noch länger geben, weshalb es auch nicht die letzte Demo war. Dann hoffen wir auch vom Landesvorstand mehr Teilnehmer begrüßen zu dürfen als nur unseren Jugendpolitischen Sprecher. Gegen 14:00 Uhr machten sich die Meisten auf den Heimweg und wir ließen den Tag bei einem Bierchen ausklingen. Die Demo war ein voller Erfolg!

- Martina Bornstein, im Ortsvorstand DIE LINKE Glinde

Kreis Herzogtum Lauenburg

Abgrillen für Krümmel

Sommerfest der

Ratzeburger Linkspartei

Das diesjährige Spätsommerfest „LINKS auf der Insel“ der Ratzeburger Linkspartei (siehe Foto rechts) fand in diesem Jahr am Samstag, dem 17. September ab 17 Uhr auf der Ratzeburger Schlosswiese statt. Es stand aktuell unter dem Motto „Abgrillen für Krümmel“. Damit wollten die LINKEN nach den vielfältigen Protestaktionen der Anti-Atom-Bewegung und dem unermüdlichen Einsatz vieler Aktivistinnen und Aktivisten auf den Montags-Mahnwachen nun auch mal das Erreichte feiern.

Der Ratzeburger Ortsverband hat sich mit dieser Grillparty bei allen Freundinnen und Freunden sowie allen, die in den letzten Monaten gegen den Atomstaat und für eine ökologisch-soziale Energiewende gekämpft haben, herzlich bedankt und mit ihnen das Errungene gefeiert.

Nach Ansicht der Linkspartei ist es ein großer Erfolg, dass die sieben ältesten AKW und der Pannereaktor in Krümmel nun endgültig vom Netz sind

Ein halbes Jahr nach der Katastrophe von Fukushima sollte aber auch an die Opfer und das Leid, das der Super-Gau in Japan verursacht hat, erinnert werden. Die LINKE wird sich auch weiterhin für eine weltweite Ächtung des zivil-militärischen Atom-Komplexes und gegen den Export von Atomtechnologie einsetzen. Und hier gibt es nach Einschätzung der LINKEN noch einiges zu tun! So berge das Festhalten der schwarz-gelben Koalition an der Atomenergie bis 2022 ein unkalkulierbares Restrisiko. Unverständlicherweise sei der Reaktor in Brokdorf trotz eines ungeklärten Defektes an einem der beiden 25 Jahre (!) alten Transformatoren und verformter Brennstäbe wieder ans Netz gegangen.

- Pressemitteilung Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
Kreistagsfraktion Hgztm Lauenburg



Kreistag und Rat Schleswig-Flensburg

Kultur erst platt machen und dann entwickeln?

Die Ratsfraktion DIE LINKE.Flensburg wehrt sich vehement gegen die derzeitigen Planungen, das Naturwissenschaftliche Museum zu schließen, die Zuschüsse zur Niederdeutschen Bühne zu kürzen und eine der Einrichtungen Kühlhaus, Volksbad, Palkentafel und Folk Baltica den Zuschuss sogar komplett zu streichen.

Abgesehen von der fehlenden Betrachtung der Folgekosten (z.B. Einlagerung der Sammlung beim Museum und weniger Einnahmen und damit auch Steuern der Flensburger Gastronomie) kann eine solche Entscheidung erst AM ENDE der derzeit gerade erst beginnenden Kulturentwicklungsplanung liegen und nicht an deren Anfang. Wir werden daher einen Antrag einbringen, die durch den „Haushaltstabilisierungspakt“ für den Kulturbereich vorgesehenen Kürzungen in Höhe von 170.000 Euro bis zum Abschluss der Kulturentwicklungsplanung an anderer Stelle zu realisieren oder gar auszusetzen.

- Ratsfraktion Flensburg 17.11.11

CCS-Ablehnung begrüßt

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE im Kreistag Schleswig-Flensburg begrüßt das Scheitern des CCS-Gesetzes im Bundesrat. Damit ist zumindest zunächst einmal ein Umweltverbrechen verhindert, dessen Konsequenzen weder ökologisch noch finanziell absehbar sind. Damit gibt es vorerst keine unterirdischen Kohlendioxidlager in Deutschland oder

unter der Nordsee. Der Kreistag Schleswig-Flensburg hatte sich bereits in seiner Sitzung am 30. September 2009 für ein Verbot der unterirdischen CO₂-Einlagerung eingesetzt.

Der Fraktionsvorsitzende Küter wies noch einmal darauf hin, dass Kohlendioxid vor keiner Grenze halt mache - weder vor einer Staatsgrenze Deutschland-Dänemark, noch vor einer 12-Meilenzone in Nord- oder Ostsee. Die Verpressung und Lagerung von Kohlendioxid im Untergrund müsse deshalb eindeutig verboten werden. - 23.9.11

Ortsverband Schleswig

Hindenburgplatz Schleswig Umbenennung gefordert

Plätze und Straßen in Schleswig, die nach Nazi-Größen benannt wurden sind aufgrund einer Verordnung der damaligen britischen Verwaltung nach 1945 umbenannt worden. Nicht so jedoch der Hindenburgplatz. Die Hindenburg-Straße wurde seinerzeit in Amsel-Straße umbenannt und in den 90er Jahren die Frenssenstraße in Matthias-Claudius-Straße. Nach weiteren Jahren des Bemühens wurden auch die Hakenkreuze im Mauerwerk des Finanzamtes entfernt - Der Hindenburg-Platz wurde hingegen weiterhin verteidigt.

Von der amnesty-international-Ortsgruppe Schleswig (ai) wurde erfreulicherweise nun ein erneuten Vorstoß unternommen. Erfreulich, dass sich der Bauausschuss daraufhin mit der Umbenennung befasste. Ai hatte mit einer Hauswurfsendung versucht, ihren Standpunkt den Anwohnern näher zu bringen.

Anfang November folgte eine „Anwohnersammlung“ im Rathaus. Unerfreulich war der Versuch einiger Anwohner, von einer sachlich geführten Diskussion abzulenken. Der Sachbeitrag und auch die Diskussionsführung des Bauausschussvorsitzenden trugen hingegen sehr zu einer Versachlichung des Themas bei.

Im Ergebnis wird sich nun Anfang 2012 der Bauausschuss mit der Umbenennung befassen. Auch wenn es nicht zum Wunsch der Umbenennung in „Menschenrechtsplatz“ oder „Platz der Menschenrechte“ kommen wird, scheint eine Umbenennung in greifbare Nähe zu rücken. Der Bauausschuss will außerdem anregen, den Hauptdurchgangsweg auf den Königswiesen „Weg der Menschenrechte“ zu benennen. Dieses auch anlässlich der erfolgreich durchgeführten drei-monatigen Aktion von der ai-Gruppe, die dort 32 Menschenrechtsparagrafen im Sommer ausstellen will. Eine hervorragende Leistung die bundesweit ihresgleichen sucht!

- Ebe, Infoblatt Linksmeinung, Kreis Schleswig-Flensburg, 1/11, gekürzt

MdB Cornelia Möhring und Kreis Pinneberg

Schlecht bestellt um guten Lohn für gute Arbeit!

Im Kreis Pinneberg sind nach den aktuellsten Zahlen der Bundesagentur etwa 4.300 Beschäftigte arm trotz Arbeit: sie erhalten so wenig Lohn, dass sie auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen sind. Mehr als vierzig Prozent von ihnen gehen einer geringfügig entlohnten Tätigkeit nach.

Das Gesamtbild in Schleswig-Holstein sieht ähnlich aus: Von 2007 bis 2011 ist die Zahl der sogenannten AufstockerInnen um 5.400 auf 48.000 angestiegen. Besonders betroffen davon sind Beschäftigte, die Leiharbeit leisten oder in der Gastronomie tätig sind. Nach offiziellen Daten haben Schleswig-Holstein mit 27 Prozent und Niedersachsen mit 25,2 Prozent die höchste Niedriglohnquote in Deutschland. Insgesamt verdienen Ende vorigen Jahres 4,6 Millionen der rund 21 Millionen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten monatlich weniger als 1800 Euro brutto. Nach der OECD-Definition liegt die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des mittleren, sogenannten Medianlohns. Im Osten sind das 1.379 Euro, im Westen 1.890 Euro.

Cornelia Möhring, schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE, erklärt dazu: "Weder die Landes- noch die Bundesregierung tun etwas, um diese dramatische Entwicklung zu stoppen. Im Gegenteil: Mit Steuermitteln werden Unternehmen unterstützt, die Niedriglöhne bezahlen. Zusammen mit den Lockerungen im Bereich der Leiharbeit ist die Politik der letzten Jahre staatlich geförderte Lohndrückerei!" "Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde wäre ein Schritt in die richtige Richtung, ergänzt Klaus-Dieter Brüggemann, Sprecher der LINKEN im Kreis Pinneberg.

- 4.11.11 Kreisverband Pinneberg



Faschistische Heldenverehrung: König Friedrich II, Kanzler Bismarck, Feldmarschall Hindenburg und Reichskanzler Hitler, Kollage 1933

Aus der Hauswurfsendung von „amnesty international“ Schleswig:

"Wir wissen heute, dass die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg am 30. Januar 1933 nicht aus einer Art Alterssenilität heraus erfolgte, wie man bislang beschwichtigend meinte, sondern in logischer Konsequenz von Hindenburgs Staatsphilosophie. Hitler repräsentierte zu diesem Zeitpunkt Hindenburgs Vision einer äußerlich und innerlich geeinten Nation und erfüllte so das politische Testament des Präsidenten. Auch danach hat er entschieden versagt: Seine Unterschriften unter die Reichtagsbrandverordnung vom 28.2.1934 und das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1934 haben das Parlament entmachtet, die politische Opposition geköpft und den Weg zur Diktatur eröffnet.

In persönlichen Schreiben hat Hindenburg Hitler fürsorglich als „mein lieber Kanzler“ titulierte und das Fazit gezogen: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan“. Dieses Hindenburgsche Leitbild der „geeinten Nation“ war nahezu identisch mit dem zentralen nationalsozialistischen Begriff der „Volksgemeinschaft“, eine der ideologischen Grundlagen für millionenfachen Mord an denen, die man nicht dazu rechnete. Und der Hitler zuerkannte „Schritt von historischer Tragweite“ endete im Mai 1945 bekanntlich in der schwersten Katastrophe der Neuzeit: der Zerstörung Europas mit Millionen von Toten und Vertriebenen. In Schleswig war er übrigens nur einmal kurz auf der Durchreise nach Sylt (31.5.-1.6.1927), als er seinen Schleswiger Freund Brockdorff-Rantzau besucht hat.

Ein solcher Fall einer historischen Mitschuld dieser Tragweite erfordert unseres Erachtens Konsequenzen. Als Namenspatron im öffentlichen Raum ist Hindenburg heute nicht nur ungeeignet, sondern ein Schandmal. Er verdient nicht Achtung, sondern Ächtung. An seine Stelle sollte mit den Menschenrechten die öffentliche Anerkennung und Werbung für diejenigen Werte und Rechtsvorstellungen treten, die heute weltweit als Richtschnur anerkannt sind und die sich in unseren Tagen zunehmend auch als starker Motor positiver politischer Entwicklungen erweisen. Dagegen muss ein Festhalten an Hindenburg heute als ein Bekenntnis zu den von ihm vertretenen Ideen verstanden werden...

Wenn sich die Stadt Schleswig nach dem erfolgreichen Königswiesenprojekt mit Ihrer Zustimmung jetzt auch noch die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Menschenrechtsplatz auf ihre Fahnen schreibt, wird der Ruf der Stadt als Förderin der Menschenrechtsidee landes- und bundesweit nachhallen - ohne allen Finanzaufwand und mit enormem Imagegewinn... „

Stadt Norderstedt

Verbraucherzentrale vorerst gerettet

Die Arbeit der Norderstedter Verbraucherzentrale ist bis Ende 2012 gesichert: Nachdem die Kommunalpolitik beschlossen hat, neben dem jährlichen Beitrag der Stadt in Höhe von 11.500 Euro auch noch auf die Miete in den Rathausräumen zu verzichten, wird der Vorstand der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein vermutlich in den nächsten Tagen grünes Licht für den Fortbestand der Beratungsstelle geben.

Zuvor hatten die Verbraucherschützer vor dem Hintergrund deutlich gekürzter Landesmittel beschlossen, zum Jahresbeginn zwei der landesweit fünf Beratungsstellen zu schließen, darunter das Büro in der Norderstedt Rathausallee. Politikerinnen aller Parteien, die Stadtverwaltung und ganz besonders der Seniorenbeirat setzten sich in der Folge für den Erhalt der Beratungsstelle ein.

Auch wenn Iris Buschmann, Leiterin der Norderstedter Verbraucherzentrale, jetzt ein Jahr weiterplanen kann, ist die grundsätzliche Bedrängnis ihrer Einrichtung nicht vom Tisch. Trotz des finanziellen Engagements der Stadt, der Parteien und des Seniorenbeirates hat die Ministerin für Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, Juliane Rumpf (CDU), die langjährige Sicherung der Beratungsstelle verweigert. „Die öffentlichen Haushalte sind auf allen Ebenen angespannt“, so Rumpf gegenüber der Norderstedter Zeitung, „das bekommt die Verbraucherzentrale zu spüren“...

Die deutschen Verbraucherzentralen organisieren sich in Vereinen und werden meist in staatlichem Auftrag tätig. Ihre Finanzierung speist sich aus bis zu einem Dutzend Quellen, wird aber schwerpunktmäßig aus Steuergeldern bestritten. Ziel der Beratungsstellen ist es, Verbraucherinnen in allen Fragen des privaten Konsums zu informieren, zu beraten, zu unterstützen und im Konfliktfall rechtlichen Beistand zu leisten. In Norderstedt unterstützt die Verbraucherzentrale unter anderem die sogenannten „Gasrebellen“, die sich mit den Stadtwerken über die sogenannte „Billigkeit“ der Norderstedter Gaspreise auseinandersetzen. - aus Gegenwind Okt. 2011



MdB Raju Sharma

Kreis Kiel

Fridtjof-Nansen-Schule in Kiel Gaarden

Eine Schule kämpft ums Überleben

Am 18. November wurde in ganz Deutschland vorgelesen: In diesem Jahr beteiligten sich über 11.000 Vorleserinnen und Vorleser an den Aktionen rund um den Bundesweiten Vorlesetag - mehr als jemals zuvor.

Raju Sharma, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, besuchte die Klasse 6b der Fridtjof-Nansen-Schule in Kiel-Gaarden. Für eine halbe Stunde durften die Schülerinnen und Schüler Zirkel und Stift beiseite legen und in ein Meer von Geschichten eintauchen. Der Bundestagsabgeordnete las aus einem seiner Lieblingsbücher „Harun und das Meer der Geschichten“ des indischen Schriftstellers Salman Rushdie vor. „Es handelt von der Macht des Geschichtenerzählens, das Generationen und Menschen unterschiedlichster Herkunft verbindet. Zuhören ist dabei genauso wichtig wie aufrichtiges Interesse und Verständnis füreinander“, so Raju Sharma.

Die Idee des LINKEN-Politikers, seinen Vorlesebeitrag an der Gaardener Fridtjof-Nansen-Schule zu halten, kam nicht von ungefähr. Seit Jahren leidet die ehemalige Haupt- und jetzige Regionalschule unter immensen Imageproblemen. Die Anmeldezahlen sind so gering, dass in diesem Jahr erstmalig keine fünften Jahrgangsstufe zustande kommt. Eltern melden ihre Kinder lieber an ehemaligen Re-

alschulen an. Der Grund ist wahrscheinlich, dass in der Vergangenheit insbesondere Schülerinnen und Schüler an die FJN-Schule kamen, die wegen vielfältiger Probleme an anderen Schulen nicht aufgenommen wurden.

„So ein Negativimage wieder loszuwerden ist äußerst schwierig, und es wird unserer engagierten Arbeit in keinsten Weise gerecht. Alle, auch unsere Schülerinnen und Schüler, leiden darunter, aber wir halten zusammen und wollen jede sich uns bietende Gelegenheit nutzen, unsere Schule zu erhalten“, sagte Schulleiterin Uta Kohrs.

Der Ortsbeirat der LINKEN Gaarden spricht sich für den Erhalt der Fridtjof-Nansen-Schule aus und unterstützt Schulleitung, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Ortsbeiratsmitglied Rolf Schrem fordert den Erhalt der Schule: „Wir brauchen diese Schule als einzige gebundene Ganztagschule mit speziellen und umfangreichen Angeboten für Schülerinnen und Schüler aus unserem Stadtteil.“ Für Till Köhncke, Klassenlehrer der 6b steht fest, dass die Schule Zeit braucht, sich ein neues Image zu erarbeiten. „Die Initiative von Herrn Sharma war somit nicht nur ein schöner Beitrag zu unserem Deutschunterricht, sondern unterstützt auch unser Anliegen“.

Raju Sharma war vom Engagement der Schule sehr angetan: „Ich hoffe, die Schule hat Erfolg und bin gerne bereit, sie weiterhin zu unterstützen. Eine baulich und inhaltlich gut funktionierende Schule mit großen Erfahrungen in der Betreuung von Schülerinnen und Schülern und deren Familien zu schließen und gleichzeitig die Überlastung anderer Schulen in Kauf zu nehmen, ist völlig sinnlos.“

- Kreisverband Kiel, 18. Nov. 2011

Kreis Neumünster

Mahnwache gegen Rechts

Vor dem Rathaus auf dem Großflecken zog am Dienstag, dem 29. November, um 16 Uhr eine Mahnwache gegen Rechts auf. Rund 20 Teilnehmer legten eine Schweigeminute für die zehn Menschen ein, die von Rechtsextremen ermordet worden sind.

Vereine, Verbände, Parteien, Gewerkschaften und Institutionen hatten zur Mahnwache aufgerufen. Die Teilnehmer entzündeten Kerzen. Jonny Griese von der Partei Die Linke formulierte Forderungen, wie gegen Rechtsextremismus vorzugehen sei: „Wir wollen ein Verbot der NPD. Wir wollen, dass der Club 88 (siehe Foto Seite 7) geschlossen wird.“ Es müsse Schluss gemacht werden mit solchen Untergrundstrukturen, die es in der Stadt gebe. Und was Kritiker seit Jahren sagen: „Diese „gedeihten“ um so besser, auf um so mehr legale Strukturen die Nazis zurückgreifen können.“

Griese forderte die Ratsversammlung auf, sich mit den Opfern in einer Schweigeminute zu solidarisieren. Nazi-Terror sei in Schleswig-Holstein nichts Unbekanntes. Im Oktober 2003 deckte die Polizei bestehende Strukturen der Nazi-Terror Organisation „Combat 18“ auf, einer der Schwerpunkte war damals Neumünster. Bei den Neonazis wurden verschiedene Waffen gefunden sowie Listen mit Personen als potenzielle Anschlagziele. Peter Borchert, damals Landesvorsitzender der NPD, wurde wegen Waffenlieferungen an diese Gruppe zu einer Haftstrafe verurteilt - zu einer unverhältnismäßig geringen Bewährungsstrafe.

- Kreisverband Neumünster 30.11.11,

Quelle: Kieler Nachrichten, leicht gekürzt

Kreis Lübeck

Lübeck startet Modellprojekt: Kostenlose Verhütungsmittel

Die Bürgerschaft Lübeck hat die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln für bedürftige Frauen endgültig beschlossen. „Laut Gesetz ist es eine öffentliche Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass Verhütung nicht aus finanziellen Gründen scheitert“, sagt Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Lübecker Bürgerschaft. „Wir freuen uns, dass sichere Verhütung in Lübeck künftig keine Frage des Geldbeutels mehr sein wird.“

Eine Pilotstudie der Hochschule Merseburg hat aufgezeigt, was pro familia in

Städten wie Köln, Flensburg und auch Lübeck bereits festgestellt hat: Frauen, die von sehr wenig Geld leben müssen, weil sie beispielsweise im ALG II-Bezug sind, greifen oft auf billigere und weniger sichere Verhütungsmethoden zurück oder unterlassen diese ganz. „Dass Frauen in Folge von finanzieller Not ungewollt schwanger werden, ist zweifelsohne ein großer sozialpolitischer Missstand“, sagt Antje Jansen.

DIE LINKE hält Familienplanung für ein so wesentliches Gut der Selbstbestimmung von Menschen, dass sie generell in der Sozialpolitik verankert sein sollte. Demnach müsste es eine generelle Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel durch die Kassen geben... Allerdings ist das noch längst nicht überall in Schleswig-Holstein selbstverständlich.
- homepage Kreis Nordfriesland

Kreis und Stadt Rendsburg-Eckernförde

Privatisieren, Verkaufen, Personal abbauen !

Bürgermeister Breitner stellt "Giftliste" zur Haushaltsanierung vor

In nicht öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses stellte Bürgermeister Breitner eine Liste mit 63 Empfehlungen zur Haushaltsanierung vor, die hauptsächlich Vorschläge der CDU übernimmt. Damit die Rendsburger Bürger nicht „beunruhigt“ werden, wurde der Antrag, diese „Sparvorschläge“ in öffentlicher Sitzung zu diskutieren, mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen abgelehnt. DIE LINKE lehnt fast alle Punkte dieser „Giftliste“ ab und wird sich den Plänen zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben, dem Personalabbau und dem Verkauf städtischen Eigentums entgegenstellen.

Lohndumping und Personalabbau

Mit der Privatisierung von öffentlichen Aufgabenbereichen sollen vor allem Lohnkosten eingespart werden. Die privaten Träger sind dann nicht mehr an die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes gebunden. An die prekär Beschäftigten müssen dann „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ gezahlt und die wiederum anteilig aus der Stadtkasse beglichen werden müssen.

Öffentliche Dienstleistungen werden schlechter und teurer

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Privatisierungen zu Preissteigerungen und zur Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen führt. Die Folgen des

Verkaufes der Rendsburger Wohnungsgesellschaft sind den meisten Rendsburgern noch in schlechter Erinnerung.

Tafelsilber wird verscherbelt

Neben der Privatisierung öffentlicher Aufgaben sollen wenn möglich auch zahlreiche städtische Immobilien verkauft werden. So werden u.a. Käufer für das Frauenhaus, die Nordmarkhalle, die Schule Nobiskrug, dem Pelli-Hof und dem Kliner-Hof gesucht. Ein Verkauf bringt zwar kurzfristig Geld in die Kasse, verringert aber die regelmäßigen Miet- und Pachteinnahmen und schwächt langfristig die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Rendsburg.

Kommunale Finanzen stärken

Der Schuldenberg der Stadt Rendsburg kann nicht durch Kürzungen der freiwilligen Leistungen im sozialen und kulturellen Bereich abgebaut werden. Ein Schuldenabbau kann nur mit der Erhöhung der Einnahmen für die Pflichtaufgaben der Stadt gelingen. Der kommunale Finanzausgleich mit dem Land und dem Bund muss dringend reformiert werden und die Kommunen müssen für ihre Pflichtaufgaben mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Menschen erfüllen können.
- DIE LINKE Rendsburg, 14.11.11

Zum Lesen und Abonnieren empfohlen



Das Neue Deutschland ist bewußt kein Parteiorgan der LINKEN, aber es berichtet als einzige Tageszeitung ausführlich über die Welt-, Bundes- und Landespolitik ohne dabei die LINKEN - wie meist üblich - zu übergehen oder zu verdrehen.

Wer sie sich irgend leisten kann, hat täglich die Welt von links im Blick!

Abonnementspreis: 28,20 Euro, ermäßigt 18,50 Euro, Soli-Abo 32,00 Euro.

Zu bestellen bei: neues deutschland, Verlag Franz-Mehring-Platz 1, 102 43 Berlin

Tel: 030 - 29 78 - 1800, Fax - 1630; E-Mail: redaktion@nd-online.de

- Rückblick auf den Kieler Anti-GE8-Kongress
- Ratsversammlung zu Möbel-Kraft
- BI gegen Fernwärmeleitung aus Neumünster

11-2011 1. November 2011

LinX

Sozialistische Zeitung für Kiel

Gegenwind

monatlich
Politik und Kultur
in Schleswig-Holstein

Einzelheft 3 Euro
Jahresabo (12 Hefte)
33 Euro
Magazin Verlag
Gegenwind
Schweffelstr. 6
24118 Kiel
www.gegenwind.info

„Gegenwind“ und „LinX“ sind die einzigen linken Abo-Zeitungen in Schleswig-Holstein mit umfassendem linken Themen. Sie kommen regelmäßig einmal im Monat heraus kommen und berichten sehr ausführlich über die Politik der LIN-

KEN.SH., besonders in Kiel.

Bestellmöglichkeiten:

Magazin-Verlag Gegenwind, Schweffelstr. 6, 241 18 Kiel

Tel: 0431 - 56 58 99,

eE-Mail: redaktion@gegenwind.info



informativ, hintergründig,
unterhaltsam

Clara ist das Magazin der Fraktion DIE LINKE.IM BUNDESTAG und berichtet über ihre Politik in Deutschland, Europa und der Welt. Sie erscheint viermal pro Jahr.

Jeder kann sie kostenlos
abonnieren

Zu bestellen unter Angabe des Namens und der Postanschrift

Adresse: Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

E-Mail: versand@linksfraktion.de

Tel: 030/22 75 11 70,

Die Fotos in dieser Ausgabe:

Edda Lechner: Seiten 1 bis 4, Seite 7 und 9

Arbeiterfotografie Kiel, ust: Seite 12

Von GenossInnen der LINKEN aus Kiel,

Glinde und Lauenburg: Seite 13.14, 16, 18

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 12. Dezember 2011
Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19,
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: Zeitung@linke-sh.info

Die Redaktion: Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: edda.lechner@wt.net.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.